

Liebe
Leser,



der historische und aus Sicht der Jungen Union sehr erfolgreiche Parteitag in Essen ist vorüber und langsam kehrt wieder Ruhe in die Partei ein. Noch nie waren derart viele Junge in Präsidium und Bundesvorstand der CDU vertreten. Vier Kandidaten der Jungen Union wurden mit sehr überzeugenden Ergebnissen in die Führungsspitze gewählt.

Dies ist eine immense Chance, die CDU nachhaltig zu mehr Jugendlichkeit und Modernität zu verändern. Diese Chance beinhaltet auf der Kehrseite aber auch eine große Verantwortung. Denn die Kandidaten der Jungen Union werden sich daran messen lassen müssen, wie weit sie Einfluss ausüben und tatsächliche Veränderungen anstoßen konnten.

Aber sie sind ja nicht alleine da oben. Hinter ihnen steht die größte politische Jugendorganisation Europas. Eine dementsprechende Unterstützung sollte also selbstverständlich und der Rücken unserer Führungsleute somit stets frei sein. Neben der Nachlese des Bundesparteitags beschäftigt sich diese Ausgabe im Schwerpunktthema mit der EXPO 2000 in Hannover.

Die erste Weltausstellung im neuen Jahrtausend, die erste Weltausstellung in Deutschland und die Junge Union ist mit dabei. Eine Woche lang gestaltet die Junge Union zusammen mit anderen Jugendorganisationen das sogenannte Big Tipi. Jeder Tag hat ein anderes Thema, jeder Tag hat neue Aktionen. Also auf nach Hannover zur Jugendwoche auf der EXPO!

Einen weiteren Schwerpunkt dieser Ausgabe bildet die Berichterstattung über das Forum der Jungen Union zum Thema Menschenrechte. Um die Akzeptanz der Menschenrechte zu verbessern, braucht es einen Dialog aller Beteiligten wie z.B. der Politik, der Wirtschaft, der Interessenverbände und der Umweltorganisationen. Diesen Dialog hat die Junge Union auf ihrem Forum angestoßen. Wir bleiben dran!

Euer

Urban Windelen



Like a Rolling Stone – Die Jungen räumen ab
»Erneuerung ist keine Hexerei«, mit diesem Slogan trat die Junge Union auf dem Bundesparteitag an und nichts blieb beim Alten.
von Franz-Josef Gemein

Seite 4

Abstimmung am Baikalsee
Die Präsidentschaftswahlen in Russland sind gelaufen. Der Gewinner heisst – für viele nicht überraschend – Putin.
von Ulrich Burger



Seite 26



Die EU vom Kopf auf die Füße stellen
Mit einer EU-Grundrechtscharta sollen die Rechte der Bürger in der Europäischen Union erstmals umfassend festgeschrieben werden.
von Peter Altmaier

Seite 28

Gastkommentar
von Joachim Frank 7

Schwerpunktthema 9

Bücher 18

Zielkonflikt Menschenrechte
von Catrin Hannken 21

Menschenrechte – universell oder relativ
von Thomas Silberhorn 22

Menschenrechte versus staatliche Souveränität
von Christian Much 24

Die digitale Revolution
von Roberto Fleissner 25

News 29

Hierzulande 31

Aktiv 33

Momente 36



Zur
Sache

Die CDU hat in den letzten Monaten in hoher Geschwindigkeit Veränderungen erlebt. Personell ist auf dem Bundesparteitag in Essen ein guter Aufbruch gelungen. Erstmals in der Geschichte der CDU ist die Junge Union mit vier Vertretern in den Vorstand gewählt worden. Es hat sich gezeigt, daß unsere klare und zukunftsorientierte Politik Vertrauen schafft. Für uns in der Jungen Union ist dies ein Ansporn in unseren Forderungen nicht nachzulassen.

Jetzt gilt es, den Aufbruch auf allen Ebenen der Partei voranzubringen. Neben den notwendigen strukturellen Veränderungen müssen wir aber auch wieder verstärkt »zur Sache« diskutieren. Die vielen Entwicklungen stellen unsere vertrauten Mechanismen politischen Handelns in Frage. Die Herausforderungen durch neue Technologien, veränderte Demographie und Globalisierung machen es notwendig unseren Gestaltungsanspruch neu zu formulieren. Dabei haben auch wir als CDU zwar schon manche, aber längst noch nicht alle Fragen der Zukunft schon beantwortet. Wir müssen wieder stärker über grundsätzliche Fragen unter Einbeziehung der Bevölkerung und aller gesellschaftlicher Gruppen diskutieren. Aus den vielen in der Sache ausgetragenen Einzelstreiks kann sich eine neue Identität der CDU herausbilden. Und wir sollten auch dann noch zusammenstehen, wenn die Diskussionen, wenn die Veränderungen unbequem werden.

Gemeinsam mit den neuen Mitgliedern der Jungen Union im Bundesvorstand der CDU, Tanja Gönner, Philipp Mißfelder und Katharina Reiche freue ich mich auf die neue Aufgabe. Es ist eine spannende und herausfordernde Aufforderung, die nun anstehenden Veränderungen mitzugestalten. Denn »Erneuerung ist keine Hexerei«. Die Botschaft an Gerhard Schröder lautet deshalb: Wir sind da – wir bleiben da und werden stark. Schröders laue Wochen sind vorbei. In diesem Sinne zähle ich auf Euch.

Hildegard Müller
Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands

Impressum

Herausgeber:
Bundesvorstand Junge Union Deutschlands,
Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,
Email: ju@junge-union.de,
Homepage: <http://www.junge-union.de>

Redaktionsbüro:
DIE ENTSCHEIDUNG, Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,
Email: die@entscheidung.de,
Homepage: <http://www.entscheidung.de>

Redaktioneller Beirat:
Michael Hahn (Bundesgeschäftsführer),
Catrin Hannken (Mitglied im Bundesvorstand)
Harald Schmitt (Mitglied im Bundesvorstand)

Chefredakteur: Urban Windelen
Chef vom Dienst: Franz-Josef Gemein

Redaktion: Berlin: Andrea Brieger, Georg Milde, Vasiliios Theodossiou, Stephan Titze, Kristin Vorpahl
Aus den Ländern: Roberto Fleißner, Torsten Geiling, Peter Meyer, Olaf Klaukien, Christian Müller, Stefan Lower, Volker Nies, Michael Panse, Markus Pösen-trup, Nicolai Schenk, Andreas Schwegel, Jan-Gernot

Wichert, Henryk Wichmann, Sebastian Wolff
Rubriken: Christine Loerke, Lifestyle, Ralf Pötter,
ENTSCHEIDUNG online, Dr. Andreas Püttmann,
Schwerpunkt, Heiko Rottmann, Portrait, aktiv,
Ralf Weidner, CDU

Verlag:
Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 82-0, Fax (0 24 72) 8 22 29.

Druck: Weiss Druck

Layout & Satz: Union Betriebs-GmbH, Bonn

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder. Erscheinungsweise monatlich. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Titelfoto und grafische Beratung:
Frank Ossenbrink

Bildnachweis:
JU-Archiv, UBG.

Rolling Like a Stone

FRANZ-JOSEF GEMEIN

Die Jungen räumen ab

Pflichtschuldiger Applaus bei den Rednern aus der ersten Reihe, verhaltene Diskussionsteilnahme und stehende Ovationen für die neugewählte Parteispitze. Hätte es nicht jene fast vernichtende Vorgeschichte gegeben, hätte man nicht mit Argusaugen die Veranstaltung beobachtet, versteht man nicht die Riten der CDU zu deuten, man hätte eine kleine Revolution nicht wahrgenommen. – Ja, man könnte sich nicht des Eindrucks erwehren: Auch auf dem Essener Parteitag der CDU blieb alles beim Alten.

Doch beim Alten blieb nichts. »Das Buffet ist das schlechteste, das ich je auf einem CDU-Parteitag gesehen habe«, lamentierte ein Journalist in der Presselounge. Während er sich – kostenlos – durch Spätzle, Gulasch, Schnitzel, Würstchen, Frikadellen, verschiedene Salate, Getränke (...) durchhamsterte, und den Teller füllte wie ein Kölner Vorstadtkind beim fringsen um 1945: »Das ist eine Zumutung!« – »Da sehen sie mal, wie gut wir sparen können«, antwortete ein alter rheinischer CDU-Haudegen: »Die Zeiten haben sich geändert. Helmut sei Dank ...«.

Beim Alten blieb nichts

Ja, beim Alten blieb nichts – und scheinbar niemand. Aber er blieb. – Zu Hause! Vier zähe Monate nach Offenlegung des finanziellen Schattensystems

schien der einst alles in den Schatten stellende CDU-Patriarch keine Rolle mehr zu spielen. Es war seit Jahrzehnten der erste Parteitag, an dem er nicht teilnahm und über Stunden hinweg fand sein Name nicht einmal Erwähnung. Es schien zunächst, als wisse niemand so recht, wie man mit der Situation umzugehen habe.

»Die Zeit der Hinterzimmer und Strippenzieher geht zu Ende«, ist der bemerkenswerte Satz des scheidenden CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble. Er verabschiedete sich mit einer für seine Verhältnisse zurückhaltenden Rede, gerade so, als wolle er alle Aufmerksamkeit der Kandidatin für den Parteivorsitz überlassen.

In der Aussprache zum Bericht des Parteivorsitzenden sprach sich zunächst niemand aus. Staatstragende Dankes-

worte an den Vorsitzenden füllten den Saal mit ca. 1000 Delegierten. »The same procedure as every year«, mochte man vermuten. Aber dann hätte man die Rechnung ohne die Junge Union gemacht. Deren Vorsitzende nämlich, Hildegard Müller, kam zum Punkt »Unerträglich und inakzeptabel« sei das, was im Zuge der Offenlegung zu Tage getreten war. Nicht nur ein Verstoß gegen das Parteiengesetz, sondern auch gegen die innerparteiliche Demokratie.

Der Dreisprung

»In diesen Tagen sind die Aufklärer zu Verdächtigen geworden und die Urheber der Affäre schweigen unbehelligt. Es gibt Leute, die sprechen heute von einer Episode Schäuble. Ich sage: Wir danken Ihnen für eine Ära, in der sie die CDU geprägt, vorangetrieben und zum Erfolg geführt haben.« Der JU Chefin war es wichtig auch vor dem Parteitag »nochmal die Maßstäbe zurecht zu rücken«. Schließlich war es nicht Schäuble gewesen, der der

»Wir müssen die Chance nutzen. Wir müssen antreten!«

Partei das Fiasko eingebracht hat. Die CDU brauche nun einen klassischen Dreisprung, macht die Junge Union-Vorsitzende deutlich. Die Partei müsse programmatischen Rückstand aufholen, strukturell entstaubt werden und die Erneuerung personell untermauern. Deutliche Worte, die Beifall fanden. Noch vor einem Jahr hatte man Hildegard Müller für Ihre Forderungen eher skeptisch beäugt. Heute gilt sie als Hoffnungsträgerin. Die Delegierten bemerkten sehr wohl, sie war es, die als erste deutliche Worte fand, zugleich aber konstruktiv nach vorne wies. Sie goutierten es mit Applaus. Wie so oft in diesen Tagen sind es die Jüngeren, die den Mund aufmachen.



Erneuerung ist keine Hexerei

Bereits vor Veranstaltungsbeginn hat sich eine Truppe bestehend aus Mitarbeitern der JU-Bundesgeschäftsstelle, JU-Bundesvorstandsmitgliedern und freiwilligen Helfern am Eingang der Gruga-Halle in Essen getroffen. Es ging ihnen darum ein Zeichen zu setzen und die Stimmung auf dem CDU-Parteitag positiv in Richtung Erneuerung zu bewegen. Unter dem Motto »Erneuerung ist keine Hexerei« verteilten die Aktivisten Hexenbesen im Taschenformat an die Delegierten. »Ah, neue Besen kehren gut ...« war meist die Reaktion der Besenkten. Diese Assoziation war durchaus nicht unerwünscht. Schließlich wollte die Junge Union Deutschlands mit gleich fünf Kandidaten für Präsidium und Vorstand die alte Mutter CDU kräftig entstauben.

Überall auf den Tischen sah man die Postkarten der Jungen Union, auf denen sie für den »Aufbruch 21« und ihr Erneuerungsquintett (Tanja Gönner, Philipp Mißfelder, Hildegard Müller, Dirk Notheis und Katharina Reiche) warb. Innerhalb kürzester Zeit waren die Besen vergriffen. Allein die Nachfrage schien nicht abzureißen. »Eure Aktion ist ein echter Feger«, brachte es ein Delegierter auf den Punkt. – Und so steht es auf der Karte: Mit Schwung schafft man Erneuerung.

In die Herzen gemerkelt

Schwung verspricht auch Angela Merkel als neue Parteivorsitzende mitzubringen. Die Erwartungen an ihre Rede waren schon hoch. Nach Monaten im Tränental wollten die Par-

teimitglieder wieder einmal Licht sehen. Aber was sich dann vor den Ohren der Delegierten ergab, war ein Lehrstück in einbindender Redekunst.

Es war nicht der wortgewaltige Pathos eines Wolfgang Schäuble, nicht das blumige Herz-Jesu-Revolluzertum eines Norbert Blüm oder gar die ekstatische Gebärdensprache eines Oskar Lafontaine, die die Delegierten in ihren Bann zog. Da kam nichts aus dem Lehrbuch »Politiker reden, Bürger sind sprachlos«. Vielmehr sprach da eine Kandidatin so, wie sie ist. Das ist neu. Das steht für Erneuerung. Authentisch, gerade, klar. Selbst die größten Klippen umschiffte sie mit einer Selbstverständlichkeit, als existierten sie gar nicht. Nicht gestelzt, sondern nüchtern, nicht verschlungen, sondern frei heraus. Angie merkelte sich in die Herzen der Delegierten. »Ich wollte sie eigentlich nicht wählen, war fest entschlossen«, sagte einer aus Rheinland-Pfalz. »Aber nach der Rede... – Sie hat mich überzeugt.« Sechseinhalb Minuten lang applaudierten die Delegierten. Merkel strahlt. Dann winkt sie und wenn sie winkt, dann wirkt sie wie ein glückliches kleines Mädchen, das etwas unbeholfen eine imaginäre Fensterscheibe vor ihr von Dunst freiwischen möchte. – Und immer wenn sie die Hand hebt und zu winken beginnt, wird der Applaus tosender. So klingt es, wenn 95,94 Prozent der Delegierten begeistert sind. Die Chance zur Erneuerung bricht sich Bahn.



de JU-Chefin Tanja Gönner wurde mit einem glänzenden Ergebnis in die Parteisitze gewählt. Als Fachanwältin für Insolvenzrecht kann man sie dort gut gebrauchen...

Allein der frühere JU-Vorsitzende von Baden-Württemberg, Dirk Notheis, verpaßte um drei Stimmen den Einzug in den CDU-Bundesvorstand. Knapper kann man kaum verlieren. So manchen Delegierten, der vorzeitig abgereist ist, sollte da das schlechte Gewissen packen. Um ein Haar hätte es geklappt. Fast wäre es ein Quintett geworden. Am Mut hat es nicht gefehlt. Jetzt ist es ein Erneuerungsquartett.

Der Stein rollt

»Wer bei diesen Ergebnissen nicht merkt, dass es die Delegierten Ernst meinten mit dem Auftrag zur Erneuerung, der hat keine Ahnung von dieser Partei!« Klare Worte der ersten JU-Vorsitzenden, die den Sprung in die engste Parteiführung geschafft hat. »Das wir jetzt mit vier Leuten gewählt sind, ist ein großartiger Erfolg aber auch ein schönes Stück Verantwortung. Die Steine sind ins Rollen gebracht«, macht Hildegard Müller deutlich. Und nachdem die Delegierten sich erhoben haben, die Nationalhymne gesungen ist und die meisten sich schon in den Gängen zur Gaderobe durchwühlen, ertönt eine andere, neue Hymne: »Angie« von den Rolling Stones. Wie war das noch? – Die Steine sind ins Rollen gebracht. Früher der Alleinunterhalter Franz Lamberts heute die Rolling Stones. Nichts bleibt beim Alten. ■

»Wer bei diesen Ergebnissen nicht merkt, dass es die Delegierten Ernst meinten mit dem Auftrag zur Erneuerung, der hat keine Ahnung von dieser Partei!«

der JU-Chef in den Bundesvorstand der Mutterpartei gewählt wurde, oder irgend jemand Mitte dreißig. Seit dem Essener Parteitag stellt die JU mit dem 20jährigen Philipp Mißfelder das jüngste CDU-Bundesvorstandsmitglied aller Zeiten. Mit Katharina Reiche ist die jüngste CDU-Bundestagsabgeordnete in den CDU-Bundessvorstand eingezogen. Die Junge Union macht's möglich. Auch die stellvertreten-



ZUR SACHE CDU!



JOACHIM FRANK

Du hast keine Chance – nutze sie! Für den Sponti-Spruch, dessen bittere Wahrheit Klaus Escher vor zwei Jahren auf dem Bonner Wahlparteitag erfahren musste, haben die Nachfolger(innen) des früheren JU-Chefs allenfalls ein müdes Lächeln übrig. Eschers Absetzbewegung von Helmut Kohl und seinem damals noch nicht durch Schwarzgeld-Skandale affizierten System – etwas schrill in TV-Talkshows inszeniert – wurde 1998 von den CDU-Delegierten nicht goutiert: Der Kandidat Escher fiel in den Vorstandswahlen durch.

»Gnade der späten Geburt«

Heute ist es umgekehrt: Der Abstand vom Ancien Regime – und sei er nur der »Gnade der späten Geburt« verdankt – hat dem Polit-Nachwuchs auf die Sprünge geholfen. Noch nie sind auf einem Parteitag vier von fünf JU-Kandidaten zu Präsidiums- oder Vorstands-Ehren promoviert worden. Und ist es etwa kein Symbol, dass auf dem Vorstandsstuhl des glatt abgewählten letzten Kohl-Generalsekretärs Peter Hintze jetzt der 20 Jahre alte Vorsitzende der Schüler-Union, Philipp Mißfelder, sitzt; dass der sächsische Bürgerrechtler Arnold Vaatz nach seinem Bekenntnis zu den Verdiensten des Altkanzlers Kohl aus

dem Präsidium flog, in das Hildegard Müller mit dem drittbesten Votum fulminanten Einzug hielt?

Das Prinzip »Person«

Warum aber sollte ein 20-jähriger eigentlich Mitglied des CDU-Vorstands werden? Diesen Zweifel nahm Mißfelder den Essener Delegierten in seiner rhetorischen Frage aus dem Mund und antwortete darauf mit einem Luther-Zitat: »Hier stehe ich!« Person statt Programm – dieses Prinzip kennzeichnet die Lage der CDU nach dem Essener Parteitag, zumal die Primadonna Angela Merkel dem gleichen Grundsatz frönte. Sie stellte ihr weiterhin relativ unklar konturiertes politisches Gebäude auf die biographischen Eckpfeiler Herkunft (östlich) und Geschlecht (weiblich). Einen so häufigen Einsatz des Personalpronomens »ich« wie in Merkels umjubelter Parteitags-

rede hätte man in einem Schäuble-Manuskript wohl vergeblich gesucht.

Merkel selbst hat die Spendenaffäre einmal mit einer schweren Krankheit verglichen, an deren Folgen die Partei noch lange zu laborieren haben würde. Der Essener Parteitag ist in der CDU-Krankengeschichte der Moment gewesen, da der Genesende sich voller Tatendrang von seinem Lager erhebt und so tut, als könnte er wieder Bäume ausreißen. Jeder weiß zwar, dass das nicht stimmt: Der Kreislauf muss erst wieder in Schwung kommen, die Knie sind noch wackelig, die Gefahr eines Rückfalls droht. Und doch ist dieser Moment des Aufraffens für die Psyche des Patienten unerlässlich. Kommt er nicht an diesen Punkt, wo er »es endlich wissen will«, fällt er in Lethargie und Resignation, wird in doppeltem Sinn Opfer seiner Krankheit.

Aufbaupräparat Merkel

Wie schon im Dezember 1999, hat Angela Merkel in Essen erneut therapeutisches Talent bewiesen. Damals verordnete sie der CDU – gegen den Protest etwa eines Jürgen

Rüttgers – die bittere Pille der Trennung von ihrem Ehrenvorsitzenden Helmut Kohl. Jetzt impfte sie den 1000 Delegierten das Gefühl »Wir sind wieder da!« ein. Noch genauer – wenngleich etwas paradox – müsste es sogar heißen: Die »Ärztin« Merkel war in Essen selber das beste Aufbaupräparat.

Ihre Stärke liegt darin, dass sie – bis hinein in die Sprache – einen anderen Politikstil verheißt. Neben Merkels Parteitage-Rede wirkte die noch (immer etwas bemühte) Kraftmeierei eines Edmund Stoiber wie glattes Technokraten-Deutsch. Ob Merkels beherzte, bisweilen entwaffnend offene Art Ergebnis ihrer Herkunft ist (zu den Polit-Seilschaften westlicher Prägung hat sie – wenn überhaupt – erst spät aufschließen können); ob es am Geschlecht liegt; oder ob es einfach »typisch Angie« ist – das mag jeder Beobachter aus eigenem Blickwinkel entscheiden. Wenn Merkel wirklich an einer neuen Gestaltung von Politik liegt, dann steht sie mit diesem Projekt in der Führungsspitze – auch als Frau – nicht allein. Da ist die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan, da sind Hildegard Müller oder die politische Seiteneinsteigerin Dagmar Schipanski. Von ihnen allen darf man getrost annehmen, dass sie den Grabenkämpfen der (alten) Männer nur wenig abgewinnen können.

Optimum erreicht

Doch die Fürsten und Hausmeier der Union werden der »Königin Ohneland« nicht ewig huldigen wie jetzt zur Krönung. Es sollte Angela Merkel auch nicht entgangen sein, dass der Bayer Stoiber in Essen nicht etwa das Lob seines

kleinen weiß-blauen Voralpen-Paradieses auf Kosten der Niederungen im Rest der Republik anstimmte, sondern mit dem Anspruch bundespolitischer Interessen-Vertretung auftrat. Die neue CDU-Vorsitzende hat die Delegierten mit dem erhebenden Gefühl von Essen in ihre Orts- und Kreisverbände entlassen, dass das Engagement in der

CDU sich wieder lohnt und sogar Spaß machen darf. Das stärkt die Selbstheilungskräfte der CDU enorm. Und das ist das Optimum, was von diesem Parteikongress zu erwarten war. Dessen Motto »Zur Sache!« bleibt eine Parole, die nun um so dringender der Umsetzung harret.

Messlatte Stammtisch

Die Union müsse, um wieder mehrheitsfähig zu sein, die »Lufthoheit über die Stammtische« gewinnen, hat Edmund Stoiber gesagt. Das wird die Messlatte sein, die die CSU (und



Messe Essen

nicht nur sie) an die Konzepte der CDU ebenso anlegt wie an deren »First Lady«. Das birgt Gefahren, denn unangenehme Wahrheiten – etwa zur Zukunft der Gesundheits- und Altersvorsorge – sind schon für eine Regierung schwer verkäufliche Ware; um wie viel mehr für die Opposition. Die CDU, die unter Wolfgang Schäuble fortwährend die »Substanzlosigkeit« Schröderscher Politik geißelte, darf aber nicht der Versuchung erliegen, den Wählern nun ihrerseits goldene Brücken zu bauen, die auf sandigem Fundament stehen. Damit wäre nicht zu-

letzt der große Kredit der neuen Parteichefin – Glaubwürdigkeit – schnell verschleudert. [In der Steuer- und Finanzpolitik steht der Berliner Fraktionschef Friedrich Merz eingestandenermaßen vor dem Problem, dass er keine grundsätzliche Alternative zum rot-grünen Programm zu bieten hat. Man mag das »Themenklau« nennen oder »Einsicht in die Notwendigkeit« – für die Union bleibt es ein Dilemma, wie an Merz' Sottise vom »gewendeten Beton-Sozialisten« Hans Eichel deutlich wird. Der freilich kann diesen Vorwurf locker mit einem Adenauer-Zitat abtropfen lassen: »Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?«]

Parteiinterne Dissonanzen

Auch vor dem Abdriften von den harten Themen in der Sozial-, Steuer- und Finanzpolitik auf populistisch besetzbare Nebenkriegsschauplätze sollte sich die neue CDU-Führung hüten. Wie schwer das im Einzelfall sein mag, zeigen die parteiinternen Dissonanzen um die rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare. Die viel beschworene Einheit christlich-sozialen, liberalen und konservativen Gedankenguts wird jedenfalls nicht so leicht herzustellen sein wie es Parteitage-Rhetorik suggeriert.

So richtig in Essen der Akzent auf dem »Personality«-Element für die Seelenmassage einer Partei war, die sich mit scheinbar unerschütterlichen Galionsfiguren auch der eigenen Glaubwürdigkeit beraubt sah, so dringend muss Angela Merkel jetzt Position(en) beziehen.

Und die Jungen im Team um die neue Spitzenfrau werden sich dem von Hildegard Müller formulierten Anspruch stellen müssen: Jugend allein ist kein Qualitätsmerkmal. ■

*Joachim Frank ist Korrespondent
Parlamentsredaktion »Kölner Stadt-Anzeiger«
und »Mitteldeutsche Zeitung« Halle*

Schwerpunktthema:

EXPO
2000



Zwischen Briten und Franzosen herrschte von jeher Konkurrenz. Das begann schon mit der normannischen Eroberung im Jahre 1066, zog sich durch hundert Jahre Krieg und mehrere hundert Jahre Kolonisationswettlauf in aller Welt und machte letztendlich auch vor der Industriellen Revolution nicht Halt. Waren es die Briten, die mit der »spinning Jenny« die erste Fertigungsmaschine in ihren Spinnereien einsetzten, so gelang es den Franzosen, dem Aufschwung das nötige revolutionäre Gedankengut beizusteuern, das eine Arbeiterschicht braucht.

Wirtschaftstreff mit Folgen

ANDREA ULLRICH

Die Franzosen erfanden Anfang des 19. Jahrhunderts eine Methode, auf ihre industriellen Neuerungen aufmerksam zu machen: Sie veranstalteten jährlich eine Industrieausstellung zur Information möglicher Interessenten, zur Belebung des Handels und zur Verärgerung der Briten. Folgerichtig wurde auch im Vereinigten Königreich seit den 1840er Jahren jedes Jahr eine Industriemesse abgehalten. Diese Messen müssen recht erfolgreich gewesen sein, denn sie inspirierten die Briten zu einer weiteren Idee.

Wie aus einer Industrieausstellung ein Weltevent wurde – 150 Jahre Expo

1849 unterbreitete eine Kommission der königlichen Gesellschaft zur Handelsförderung dem Prinzen Albert einen Vorschlag, die Messe zu internationalisieren. Es gründeten sich schon bald Komitees zur Finanzierung, Gewinnung von ausländischen Teilnehmern oder zur Schaffung von Auszeichnungen. Letztendlich war jedoch entscheidend, dass Alberts Gemahlin, Königin Victoria, die Erlaubnis gab, die Messe im Hyde Park zu veranstalten – der nötige Impetus zur Realisation war da.

Sensation gleich zu Beginn: der Chrystal Palace

Ein Ausstellungsgebäude wurde nun nötig. Es musste groß genug sein, Industrieerzeugnisse etlicher Staaten zu beherbergen und auch das dazugehörige Publikum aufzunehmen. Doch alle Entwürfe waren zu massiv und zu teuer. Als Retter in der Not erwies sich der Gartenbauarchitekt Joseph Paxton, der eine Konstruktion aus Stahl und Glas vorschlug. Die Bevölkerung war begeistert. Die mächtige Kuppelkonstruktion war die Hauptattraktion der »Great Exhibition of the Works of Industry of all Nations«, die am 1. Mai 1851 mit über einer Million Exponaten eröffnet wurde. Entgegen den Planungen riss man den sogenannten »Chrystal Palace« nicht ab, sondern er blieb, gewissermaßen als Symbol des glorreichen viktorianischen Zeitalters. Erst 1936 fiel er einem Brand zum Opfer.

Eine Idee bewährt sich

Das Konzept der Weltausstellung hatte Anklang gefunden. Es folgten Ausstellungen in New York (1853), dann in Paris (1855), wieder in London (1862), wieder in Paris (1867), wie-

der in London (1871), als sollte der alte Wettbewerb fortgesetzt werden. Erst 1873 konnte wieder eine Ausstellung außerhalb Frankreichs und Großbritanniens stattfinden: in Wien. Dies war die erste Schau, die mit »Kultur und Bildung« einen außerwirtschaftlichen Schwerpunkt hatte. Die Idee der Weltausstellung begann sich von der Handelsmesse zur Gesellschaftsausstellung zu verlagern.

Frankreichs Antwort auf den Chrystal Palace: La Tour Eiffel

1867 fand die Weltausstellung in Philadelphia statt, aus historischem Anlass: Amerika feierte den hundertsten Jahrestag seiner Unabhängigkeitserklärung und die Welt feierte mit. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass die Briten mit einem gewissen Unbehagen und die Franzosen – in Amerika die gescheiterten Kolonisten – deswegen mit einer gewissen Schadenfreude zur Ausstellung anreisten.

Die Presse hatte, besonders in Frankreich, immer nach dem Clou der jeweiligen Ausstellung Ausschau gehalten, dem Wahrzeichen vom Rang eines Chrystal Palace. Es waren schon etliche interessante Bauten errichtet worden, das Pariser Palais de l'Industrie, die Rotunde in Wien oder die Independence Hall in Philadelphia. Doch erst 1889 gelang es den Franzosen, den Ruhm aller vorher dagewesenen Bauwerke in den Schatten zu stellen: mit dem Eiffelturm, der erst nach der Weltausstellung wegen seines überwältigenden Erfolges auf den Namen seines Schöpfers getauft wurde. 1929 erreichte abermals ein Weltausstellungsbauwerk einen ähnlich hohen Berühmtheitsgrad: der deutsche Pavillon, den Ludwig Mies van der Rohe in Barcelona errichtete, der aber heute nur noch als interaktives Modell im Internet zu sehen ist.

Ein Reglement muss her

Die Staaten gerieten zunehmend unter Präsentationsdruck: Wer etwas gelten wollte, musste auf der Ausstellung präsent sein. Es wurde notwendig, die Ausstellungen in Folge und Organisation besser zu koordinieren. 1902 rief man in Paris ein erstes Komitee ins Leben, die »Fédération comités permanents des expositions«. Da jedoch der offizielle diplomatische Auftrag fehlte, konnte die Organisation nur sehr eingeschränkt Kontrollaufgaben übernehmen. 1912 verhandelten die wichtigsten Teilnehmerländer daher in Berlin offiziell über ein festes Reglement. Durch den ersten Weltkrieg unterbrochen, nahm man die Gespräche erst wieder 1928 in Paris auf, wo völkerrechtlich bindende Grundlagen für Weltausstellungen erarbeitet wurden. Das »Bureau international des expositions« sollte über das Reglement wachen und die in immer engeren Abständen stattfindenden Ausstellungen klassifizieren: in Ausstellungen erster und zweiter Kategorie und in spezialisierte oder universelle Weltausstellungen, um Zeitintervalle zwischen den Schauen besser koordinieren und einhalten zu können. Am 17. November 1931 erlangte die Konvention internationale Gültigkeit.

Expo-Inflation

Bis in den zweiten Weltkrieg hinein wurden noch Ausstellungen veranstaltet, zuletzt 1940 in Mailand. Dort fand 1947 auch die erste Nachkriegsausstellung statt. Seit den vierziger Jahren werden jedes Jahr ein bis drei Ausstellungen ausgerichtet, die meisten davon sehr eng an Themen geknüpft. Eine universelle Schau gibt es im Durchschnitt alle drei bis fünf Jahre. Lange schon ist man vom einzelnen großen Ausstellungsgebäude abgekommen; mittlerweile baut jede teilnehmende Nation ihren eigenen Pavillon. In dieser Inflation an Weltausstellungen hinterlässt kaum eines dieser Ereignisse mehr als einen flüchtigen Eindruck. Dennoch entstehen auch immer wieder architektonische Wahrzeichen, die die Zeit überdauern so 1958 das berühmte Brüsseler »Atomium« oder 1962 die »Space Needle« in Seattle.

Seit 1851 hat es zwar vereinzelte Ausstellungen in deutschen Städten – Berlin, München, Hamburg, Stuttgart – gegeben. Doch die Expo 2000 in Hannover ist die erste universelle Weltausstellung auf deutschem Boden und wird deshalb als erste deutsche Weltausstellung überhaupt angesehen. Ein Wahrzeichen wie den Eiffelturm wird Hannover vermutlich nicht zurückbehalten, doch in die Geschichte eingehen wird die Expo 2000 in jedem Fall: als die erste Weltausstellung im 21. Jahrhundert. In diesem Sinne: »Kann es etwas Spannenderes geben als die Zukunft?« ■

Die Expo-Chefin mit dem Expo-Maskottchen



Promis wie Steffi Graf engagieren sich als Expo-Botschafter

Countdown zur Expo läuft:
Junge Union bei der Kinder-
und Jugendplattform dabei

Das grösste Tipi steht auf der EXPO 2000

FRANK THOLE

Zuvor hatten Zimmerleute und Stahlbauer ganze Arbeit geleistet. Während der Kranführer den Stamm Zentimeter für Zentimeter durch die Luft absenkte, dirigierten ihn fünf Zimmerleute von Hand und unter Einsatz ihrer Körperkraft in den vorbereiteten Stahlschuh, der mit 17 Erdnägeln im Boden verankert ist. Die schwierigste Arbeit hatte der Zimmermann auf der rund 18 Meter hohen Montageplattform. Er musste den Stamm zeitgleich in die Viertelschale des obersten Druckrings bugsieren und anschliessend befestigen.

Es kann losgehen

Der Grundstein für die Aktivitäten der Teilnehmer der Kinder- und Jugendplattform, im wesentlichen die Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendrings und weitere Träger der Kinder- und

Das grösste Tipi der Welt steht auf dem Expogelände in Hannover. Das Gerüst des Indianerzeltes, des Veranstaltungs- und Darstellungsortes der Kinder- und Jugendplattform auf der Expo, ist errichtet. Mit einem 160 Tonnen schweren Autokran wurde die zwölfte und letzte der riesigen Douglasien (35 m schwer und 12,5 t schwer) in das Gerüst des Big Tipi eingefügt. Zentimetergenau schwenkte der Kran den Baum in die letzte Lücke ein.

Jugendarbeit in Deutschland, ist somit gelegt. So wie Spannung und Druck das Tipi-Gerüst in jeder Form halten, so wie jeder einzelne Stamm auf einem starken, tragenden Fundament ruht, so sind Spannung und ein tragendes Fundament auch die entscheidenden Stichworte für die Kinder- und Jugendplattform und das, was auf der Weltausstellung im Big Tipi passieren wird.

Info, Action and Fun

Die Vernetzung unterschiedlicher Organisationen der Jugendarbeit in Deutschland bildet das tragende Fundament für ein vielfältiges Programm. Vor allem den jugendlichen Besucherinnen und Besuchern der Expo werden spannende Mitmachaktionen und Informationen zu Projekten geboten, die sich kritisch mit Zukunftslösungen und nachhaltigen Entwicklungen, den Themen der Weltausstellung, auseinandersetzen. Action und Fun sind im Big Tipi ebenfalls garantiert. Kommen und Mitmachen lohnt sich auf jeden Fall.

Der Countdown läuft also. Auch für die Junge Union, die vom 26. Juni bis zum 2. Juli mit den anderen politischen Jugendorganisationen eine Woche lang unter dem Motto »Demokratie erleben!« ein abwechslungsreiches politisches Programm in dem Big

Tipi bietet. Mit diesem gemeinsamen Auftritt der politischen Jugendverbände wird Neuland betreten, da erstmals ein gemeinsam vorbereitetes Projekt von dieser Grössenordnung auf Bundesebene durchgeführt wird.

An den sieben Aktionstagen, die sich mit den Themen Partnerschaften, Schule, Aus- und Weiterbildung, Forschung, Umwelt, Technik, demokratische Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, kommunale Einflussmöglichkeiten, Dialog der Generationen, Europa und Menschenrechte befassen, wird deutlich werden, dass »Demokratie nicht immer nur die anderen sind« und dass politisches

EXPO2000
HANNOVER

Die Weltausstellung

Engagement not tut. Vor dem Hintergrund des zu erwartenden Besucherandrangs darf dies als Riesenchance bewertet werden.

Start am 1. Juni

Seit Wochen laufen die Vorbereitungen in der Bundesgeschäftsstelle und im Bundesvorstand auf Hochtouren. Die grandiose Resonanz im Verband spricht für das grosse Interesse an der Expo. Wer noch Ideen oder Fragen zur Expo im allgemeinen oder zum Big Tipi hat, kann sich gerne in der Bundesgeschäftsstelle bei Bundesgeschäftsführer Michael Hahn, der zuständigen Referentin Frauke Kröger oder direkt bei Frank Thole melden. Am 1. Juni fällt der Startschuss für die Expo. Wir warten alle gespannt darauf. ■

Frank Thole ist Mitglied im JU-Bundesvorstand und koordiniert die Aktivitäten der Jungen Union auf der Expo im Rahmen der Kinder- und Jugendplattform

Dialog der Generationen...

ANDREE GROOS

Wenn wir uns im Juni auf der EXPO 2000 präsentieren, werden wir einen Tag unter dem Motto 'Dialog der Generationen' gestalten. Wir haben dieses Motto ganz bewußt gewählt, da dieser Dialog in teilweise ins Stocken geraten ist. Wir reden häufig nur noch übereinander aber nicht mehr miteinander. Bestimmte Themen werden in diesem Dialog der Generationen ausgeklammert oder bewusst falsch verstanden.

Unserer Generation wird oft vorgeworfen, dass wir uns in das Thema Rente einmischen. »Wer mit 30 schon an die Rente denkt...!« Aber gerade uns geht es an. Wenn wir über die Zukunft der Rente diskutieren, reden wir von unserer Altersvorsorge. Wir wollen eine nachhaltige Politik mitgestalten, die die Interessen nachfolgender Generationen früh mit einbezieht. Mitmenschlichkeit, Eigenverantwortung und Nachhaltigkeit sind die Prinzipien, mit denen wir unsere Politik formulieren wollen.

Generationen-Bilanzen erstellen

Schulden sind die Steuern von morgen. Das klingt banal, wird aber gerne verdrängt. Es muß ins Zentrum des Bewußtseins rücken, was heutige Entscheidungen für die Jungen in der Zukunft bedeuten. Der Generationenvertrag kann nicht erfüllt werden, wenn er eine Generation unverhältnismäßig belastet. Um eine überproportionale Belastung zu verhindern, muß auf einen neuen Vertrag zwischen den Generationen hingearbeitet werden. Einen Generationenvertrag der auf mehr Selbstverantwortung und Eigeninitiative aufbaut.

Das in anderen Ländern wie Norwegen oder den USA längst übliche Verfahren des Generational Accounting, also die Erstellung von Generationenbilanzen, schafft hierfür eine neue Transparenz. Wenn wir es schaffen, dass jedes Gesetz, jede Neuverschuldung hinsichtlich der Auswirkungen auf die nachfolgenden Generationen überprüft und hinterfragt wird, dann sind wir schon einen großen Schritt weiter. ■

Andree Groos ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union

Bei der Expo 2000 wird sich die Welt von ihrer besten Seite zeigen. Inmitten repräsentativer Messeauftritte wird die Junge Union die Gelegenheit nutzen, ein Thema aufzugreifen, das in einer zusammenwachsenden Welt an Bedeutung gewinnen wird: der internationale Schutz der Menschenrechte.

Bosnien-Herzegowina, Ruanda, Somalia, Kosovo, Ost-Timor, Tschetschenien – Häufigkeit und Schwere aktueller Menschenrechtsverletzungen könnten fast daran zweifeln lassen, ob es so etwas wie gemeinsame Regeln des Zusammenlebens gibt. Und doch belegen gerade die Exzesse nackter Gewalt, dass eine Grundbedingung eines friedlichen menschl-

Vereinigte Nationen

THOMAS SILBERHORN

chen Miteinanders in der Achtung und dem Schutz von unveräußerlichen Rechten des Einzelnen besteht. Diese »Souveränität des Individuums« setzt der Souveränität von Staaten absolute Grenzen. Unabhängig von konkreten Lebensordnungen entfalten die Menschenrechte universelle Geltung.

Ihre Durchsetzung orientiert sich indessen nicht nur an den postulierten – und vielfach kodifizierten – Wertvorstellungen, sondern gerät in mancherlei Zielkonflikt mit der Verfolgung wirtschaftlicher und politischer Interessen. Dabei erleichtert es die fortschreitende regionale Integration, die Möglichkeiten präventiver Diplomatie verstärkt zu nutzen. Doch die Einengung staatlicher Handlungsspielräume in einer zunehmend liberalisierten Weltwirtschaft erfordert auch die Beachtung und Durchsetzung menschenrechtlicher Mindeststandards im unternehmerischen Wettbewerb. Schließlich muss sich die Staatengemeinschaft erst noch dazu durchringen, sich selbst einer internationalen Strafgerichtsbarkeit zu unterwerfen.

Die Globalisierung der Ökonomie und der damit einhergehende Funktionswandel der verfassten Staaten stellen den internationalen Menschenrechtsschutz vor neue Herausforderungen. Es gilt, in der Vermeidung und Sanktionierung von Menschenrechtsverstößen spürbare Fortschritte zu erzielen. Zu diesem Zweck ein imaginäres »Weltethos« zu beschwören, würde allerdings nicht weiterhelfen. Statt dessen werden viele kleine Schritte im Dialog zwischen den Kulturen notwendig sein. Die Weltausstellung bietet dazu ein Forum, auf dem die Junge Union einen Akzent für den Schutz der Menschenrechte setzen wird. ■

EUROPA

THOMAS SILBERHORN

Auf der Weltausstellung wird für die Europäer, so steht zu vermuten, die regionale Begrenztheit manch ihrer Probleme, aber auch die Einbindung in globale Strukturen erkennbar werden. Vor diesem Hintergrund wird es reizvoll sein, dem internationalen Publikum auf der Expo 2000 die Vorstellungen der Jungen Union zur Europapolitik zu präsentieren.

Die Junge Union sagt Ja zur europäischen Einigung,

- ▶ weil viele aktuelle Herausforderungen – vom Umweltschutz bis zur inneren Sicherheit – nur noch in grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu bewältigen sind;
- ▶ weil die Globalisierung der Wirtschaft und das Management internationaler Krisen erfordern, dass Europa in der Welt mit einer Stimme spricht;
- ▶ weil sich mit der bevorstehenden Osterweiterung die Chance bietet, politische und wirtschaftliche Stabilität zu »exportieren« und dadurch Sicherheit und Wohlstand für ganz Europa zu schaffen;
- ▶ weil Frieden und Freiheit in Europa auch heute noch nicht selbstverständlich und unverwundbar sind, wie die Konflikte auf dem Balkan zeigen.

Zur europäischen Integration gibt es daher keine vernünftige Alternative. Als Junge Union wollen wir den Einigungsprozess fortsetzen und für unsere Generation mitgestalten. Dabei streiten wir für einen Weg nach unseren Vorstellungen. Freiheit und Eigenverantwortung, Vielfalt und Wettbewerb sind die Koordinaten unseres Leitbilds einer bürgernahen Europäischen Union, in der die nationale Identität und die regionale Eigenständigkeit gewahrt bleiben.

Wir setzen uns dafür ein,

- ▶ dass möglichst alle Jugendlichen in Bildung und Ausbildung Grenzen überschreiten können und so die europäische Einheit in Vielfalt als Bereicherung erfahren;
- ▶ dass europäischer Umweltschutz zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise beiträgt, die unsere heutige Lebensqualität auch für nachfolgende Generationen sichert;
- ▶ dass die EU-Staaten gemeinsam die internationale Kriminalität bekämpfen, weil die Freiheit offener Grenzen nur in einem sicheren Europa wirklich genutzt werden kann;
- ▶ dass die EU eine aktive Rolle übernimmt, um regionale Konflikte in Europa beizulegen und Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen.

Als Sprachrohr junger Leute will die JU dazu beitragen, die Chancen der europäischen Integration zu nutzen. Dabei muss die Idee von der Einigung Europas von jeder Generation aufs Neue begründet und realisiert werden. ■

Thomas Silberhorn ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union

Die Expo 2000 steht unter dem Motto »Mensch Natur Technik« und kaum ein anderer Bereich wird uns in den nächsten Jahren diesbezüglich vor derart immense Herausforderungen stellen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Biotechnologie und Gentechnik nimmt immer weiter zu, biotechnologische Innovationen schaffen international wettbewerbsfähige Produkte und zukunftssichere Arbeitsplätze.

Biotechnologie sowie Gentechnik werden für wirksamere Wirkstoffe, Arzneimittel und Diagnostika, für qualitativ verbesserte und ertragsreichere Pflanzensorten sowie für umweltverträglichere Produkte und Verfahren genutzt. Die Erfolge von Biotechnologie und Gentechnik in der medizinischen Forschung sowie bei der Entwicklung und Produktion neuer Wirkstoffe, Arzneimittel und Diagnostika müssen anerkannt werden.

Unter der Voraussetzung, dass die Würde des Menschen stets Richtschnur und zugleich Grenze für das Handeln der Gentechnologie ist, muss

Umwelt & Technik

FRANK THOLE

sich eine verantwortungsvolle Wissenschaft immer wieder die Frage nach dem Machbaren und Verantwortbaren stellen und die Politik die entsprechenden Rahmendaten setzen. Die Junge Union nimmt die Fragen zur Ethik der Anwendung biotechnologischer und gentechnischer Methoden außerordentlich ernst und fordert daher verbindliche internationale Rahmenbedingungen, die sich nicht nur in dem kleinsten gemeinsamen Nenner erschöpfen dürfen. Vor diesem Hintergrund muss es in den nächsten Jahren darum gehen, Biotechnologie und Gentechnik sicher und zum Vorteil und Nutzen der Menschen anzuwenden.

Der Bundesverband der Jungen Union wird deshalb im Rahmen der Kinder- und Jugendplattform diesen tiefgreifenden Fragenstellungen im Big Tipi nachgehen, nachdem sie sich bereits auf dem Deutschlandrat in Kiel im Februar 2000 inhaltlich positioniert hatte. ■

Frank Thole koordiniert als Bundesvorstandsmitglied die Aktivitäten der Jungen Union auf der Expo und ist Mitglied im CDU-Bundesfachausschuss Forschung & Innovation.

EXPO oder Disneyland?

ANDREA BRIEGER

Sie beginnt in wenigen Wochen, wird als Ereignis des Jahres angepriesen und ist teuer: Die Gesamtkosten der Expo 2000 in Hannover werden auf 3,5 Milliarden Mark geschätzt. Für dieses Geld entstehen zur Zeit auf einer 160 Hektar großen Fläche die 60 Nationenpavillons sowie Kontinenthallen, Ausstellungsgebäude und eine riesige Konzerthalle. Allein das Kulturprogramm der Expo in Hannover wird 200 Millionen Mark kosten.

Der Besucher der Weltausstellung bekommt einiges geboten. Auf dem Gelände am Rand von Hannover präsentiert sich die ganze Welt. Neben modernster Architektur wird Traditionsreiches ausgestellt. Das Königreich Nepal stellt sich mit einem ausschließlich in Handarbeit geschnitzten Tempel vor und Japans Pavillon thematisiert die bekannte Origami-Technik. Das Gebäude ist komplett aus Papier gefertigt, welches zu Röhren gedreht die notwendige Festigkeit hat, das gesamte Gebäude zu halten.

Hat gut Lachen:
Expo-Botschafterin
Steffi Graf



Aber nicht nur die Abbildung der Gegenwart versprechen die Organisatoren, sondern sie sehen die Ausstellung auch als innovative Zukunftsvision. Das Motto »Mensch-Natur-Technik« soll zukunftsweisend wirken.

Mit dem Laufband ins Jahr 2100

Stellten früher die Länder ihre neuesten Industrie-Anlagen vor, so bestimmen zu Beginn des 21. Jahrhunderts Multimedia und Cyberspace das Feld. Die Ausstellung »Das 21. Jahrhundert« soll dem Besucher die Herausforderungen der Menschheit in einer technisierten Welt näher bringen. Der Blick in die Zukunft wird als Rückschau gewagt: die Ausstellung stellt sich als fiktiver Rückblick vom Jahr 2100 auf das 21. Jahrhundert dar. Mit einem Laufband wird die Zeitreise symbolisiert, dann geht es zu Fuß zurück in die Gegenwart. Dem staunenden Betrachter präsentiert sich die Zukunft durch lasernimierte Versorgungskabel, selbsterhitzende Thermoskannen und Hologramm-Kopfschmuck. Ausgehend von wissenschaftlichen Studien des London Research Centre werden außerdem Zukunftsvisionen von Großstädten gezeigt. Der Londoner Stadtplaner Max



Darstellung im
Micky-Mouse-Format

Das Grundkonzept der Weltausstellung steht in Frage

Dixon hat Daten und Ideen aus verschiedenen Großstädten der Welt verarbeitet. Neben positiven entwickelte er auch negative Szenarien für die exemplarisch ausgewählten Städte Aachen, Dakar, São Paulo und Shanghai. Auf der Expo wird allerdings das traurige Szenario der Übervölkerung nur angedeutet. Eine »Message der Hoffnung« soll die Ausstellung vermitteln, keine Horroszenarien der Zukunft.

Message der Hoffnung um jeden Preis

Die positive Stimmung soll auch in den anderen Ausstellungen nicht getrübt werden. Der deutsche Pavillon ist als Begeg-

nungs- und Erlebnisraum konzipiert. Die Leinwand-Show »Deutschland mittendrin« bestrahlt Projektionsflächen an Wänden, Decke und Boden des Gebäudes mit Bildern aus ganz Deutschland. Untermalt wird dieses »720-Grad-Raumerlebnis« durch Klänge, Ausstellungen und ein Showprogramm. Es werden Liederabende, Konzerte, Diskussionsrunden und Theatervorstellungen geboten.



Ein weiteres Highlight aus dem Gastgeberland: »Planet of Visions« präsentiert die Utopien der Vergangenheit und Gegenwart. Ein riesiger Garten Eden schwebt 12 Meter hoch über der Decke, ein gigantisches Panoramagemälde verdeutlicht Utopien von Mythen, Städten und der Apokalypse. Der Besucher wird von einer Attraktion zur nächsten geführt. Die Pavillons sind als »Erlebnislandschaft« eingerichtet und ein Highlight folgt aufs andere.

Die Zukunft als Freizeitpark

Die Frage, inwieweit man damit dem hehren Anspruch der innovativen Zukunftsvision gerecht wird, bleibt offen. Das Programm wirkt glatt, harmlos und zuckersüß. Die Probleme der menschlichen Gesellschaft wie Ausbeutung der Energie-Ressourcen, Überbevölkerung und Migration müßten – wenn Innovation wirklich Ziel der Veranstaltung wäre – angepackt werden. Doch negative Zukunftsvorstellungen und Probleme senken die Besucherzahl, und die Veranstaltung soll sich schließlich für das Gastgeberland und die Sponsoren lohnen.

Für 79 DM Eintritt bekommt der Besucher die Zukunft deshalb in Form eines Freizeitparks geliefert. Die Fokussierung einer sich rasend schnell verändernden Wissens- und Informationsgesellschaft auf einen Punkt, die Weltausstellung, kann kaum gelingen. Denn die stetig wachsende Wissensmenge und Spezialisierung des einzelnen, sowie der permanenten Verfügbarkeit jeder Informationen via Internet, stellt das Grundkonzept der Weltausstellung an sich in Frage. Was bleibt, ist Wissen und Innovation im Disneyland-Format. ■

Leserbriefleser

Mit Leserbriefen ist das so eine Sache: In vielen Zeitungen sind sie das Forum für die bekannten Querulanten, manchmal werden nur Lobeshymnen auf das Medium veröffentlicht, manchmal sind sie plump gefälscht. Bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung kommen – dem Publikum der Zeitung entsprechend – die zu Worte, die wichtig sind oder sich doch zumindest für wichtig halten. Die Liste der Leserbriefschreiber liebt sich daher auch wie das Who is Who der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft: Adenauer, Dutschke, Lorient – alle haben sich hier verewigt. In einem gelungenen Sammelband stellt der Alt-Herausgeber der F.A.Z. Johann-Georg Reißmüller nun herausragende Briefe aus den letzten fünf Jahrzehnten vor. Die Auswahl ist zwar manchmal etwas konservativ-subjektiv und setzt meist die zumindest grobe Kenntnis der historischen Zusammenhänge voraus. Dennoch liebt sich der Band leicht, da er eben nicht nur offiziöse Briefe versammelt hat, sondern auch so manche Skurilität. (vt) ■

Johann Georg Reißmüller (Hrsg.): »Dazu möchte ich bemerken...« Leserbriefe in der F.A.Z. aus 50 Jahren. 336 S., Keyser, München 1999, 39,80 DM

Luther unleserlich

Für die meisten Bewunderer großer Dichter & Denker zählt meistens nur der Inhalt der Schriften und nicht die Form. Gerade die Handschrift eines Künstlers sagt aber manchmal mehr über Gemütsverfassung und Stimmung des Autors aus, als viele Bücher. Der Leiter der Handschriftenabteilung im Deutschen Literaturarchiv in Marbach, Jochen Meyer hat einen spannenden Band mit mehr als hundert Faksimiles berühmter deutscher Schriftsteller herausgegeben. Von Martin Luther bis Sarah Kirsch finden sich hier alle namhaften Autoren deutscher Sprache wieder.

Gewinn für Leser

Besonders interessant sind die älteren Monographien: Martin Luthers handschriftliche Notizen kann man zwar im Original kaum lesen, allen Texten ist jedoch eine Transkription gegenübergestellt, was den Zugang mehr als erleichtert. Der



Crime city Entenhausen

Sucht man nach Städten mit einer hohen Kriminalität kommt man an einer Metropole des internationalen Verbrechertums nur schwer vorbei: Entenhausen. Endlich liegt nun eine wissenschaftliche Studie zur Kriminalpolitik in Entenhausen vor, die keine Fragen offenläßt: Sie bietet Verbrechensstatistiken, analysiert die Handlungsmuster der stadtbekanntesten Verbrecher (die sog. Panzerknacker oder Kater Carlo) und zeigt die kriminalpolitischen Konsequenzen schonungslos auf. Der Band richtet sich vornehmlich an Kriminologen und Juristen, aber auch Leser sogenannter komischer Literatur sind angesprochen. Den Autoren möge man raten, nicht zu lange mit der Fortsetzung ihrer Studien zu warten und sich der immer stärker werdenden Kriminalität in Quackenbrück zu widmen. (vt) ■

Karl-Ludwig Kunz & Roger Sidler: Kriminalität in Entenhausen. Vom Umgang mit Kriminalität bei Mickey Maus & Co., 114 S., Verlag Helbing & Lichtenhahn, Basel 1999, 59,00 DM



Band ist nicht nur ein Gewinn für alle Literaturliebhaber, sondern auch für Leser, die einen persönlichen Zugang zu einem Autor und seinen Texten sucht. (vt) ■

Jochen Meyer (Hrsg.): Dichterhandschriften. Von Martin Luther bis Sarah Kirsch, 236 S., ca. 100 Faksimiles, Philip Reclam jun., Stuttgart 1999, 98,- DM

Politik & Ethik

FELICITAS JENTSCH

»Das Verhältnis von Politik und Moral ist ein ständiges und unerschöpfliches Thema. Die Befürchtung, die da oben missbrauchten ihre Macht zu ihrem Vorteil und zu unserem Schaden, ist immer vorhanden.«

Inhaltslose Floskeln

Mit diesen Worten leitet Bernhard Sutor seine »Kleine Politische Ethik« ein, in der er das Verhältnis von Politik und Moral kontrovers diskutiert, ohne eine moralisierende Bewertung vorzunehmen. Er stellt vielmehr die Frage, was moralisch wertbare Ziele des Handelns in der Politik seien. Friede? Freiheit? Gerechtigkeit? Der Leser wird aufgefordert, nachzudenken, was beispielsweise hinter »Gemeinwohl« stecke, ein Begriff, der als Floskel oft gebraucht, aber eher inhaltsleer im Raum stehen bleibt.

Balanceakt

Schnell widmet sich Sutor nach den theoretischen Grundlagen der Praxis: Die Schwierigkeit im Alltag eines Politikers sei, klug zu handeln, denn, die allgemeinen Ziele (wie Gerechtigkeit) seien nicht strittig, wohl aber die Mittel und Wege und vor allem die Suche nach einem Kompromiß zwischen den konkurrierenden Interessen. Ein Balanceakt sei es, gute Ziele und Prinzipien zu verfolgen, ohne ein Prinzipienreiter zu sein, geordnet streiten zu können und trotzdem die durchsetzbaren Ergebnissen zu kommen.

Visionär und utopisch

Ein Kapitel widmet der Autor der Vision, eine internationale Menschenrechtsethik zu finden. Wenn alle Staaten ihre Interessen abwägen, wäre das ein Schritt auf dem Weg zu einer internationalen sozialen Gerechtigkeit.

Der letzte Exkurs mündet zugegebenerweise in einer Utopie, aber ansonsten wird das Buch seinem Titel »KLEINE politische Ethik« gerecht: Auf mühsam lesbare Theorien wird ebenso verzichtet wie auf häufiges Zitieren der großen Philosophen. Sutor bleibt viel lieber nah an der Wirklichkeit. ■

Bernhard Sutor: Kleine Politische Ethik, ISBN 3-89331-268-4, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 341

Aktionkanal

Gewalt im Fernsehen ist so alltäglich, daß Politiker und Medienkritiker, die sich gegen Gewaltdarstellungen aussprechen, einen schweren Stand haben. Ob in Nachrichtensendungen oder in Spielfilmen: Gewalt, oder besser: Darstellung von Brutalität, ist für die Programmleiter der Sender immer attraktivitätssteigernd und meist dem Image als



»Action« Kanal förderlich. Nicht selten bleibt bei der Jagd nach Quoten der gute Geschmack auf der Strecke: Dazu ein Beispiel: Dieses Jahr liefen ausgerechnet am Karfreitag unter anderem folgende Filme: »Lethal Weapon 3« (SAT1), »The Quest« mit Jean-Claude van Damme (Pro7) und »Face/Off - Im Körper des Feindes« (RTL).

Brutale Nachrichten

Wie passend. Wie und wann Gewalt über die Mattscheibe flimmert, hat sich die Stuttgarter Professorin für Kommunikationswissenschaft Claudia Mast genauer angesehen. Dabei untersucht sie in ihrer sehr lesenswerten Studie sowohl die Entscheidungsprozesse bei Spielfilmen o. ä. als auch bei Nachrichtensendungen, in denen Gewalt oft drastischer und vor allem authentischer auftritt als in jedem Spielfilm. (vt) ■

Claudia Mast: Programmpolitik zwischen Markt und Moral. Entscheidungsprozesse über Gewalt im deutschen Fernsehen. Eine explorative Studie. 392 S., Westdeutscher Verlag, Opladen 1999, 79,00 DM

Die Bahn kam

Vor vielen, vielen Jahren gab es eine Zeit, in der Eisenbahnen in Deutschland pünktlich und ein Exportschlagler waren: Im Dreikaiserjahr 1888 erwarb die Deutsche Bank die Konzession, die Strecke des Orientexpress von Konstantinopel bis Bagdad zu verlängern und diese auch zu betreiben. Die »Bagdadbahn« führte über 3000 Kilometer durch das damalige Osmanische Reich und war das erklärte Lieblingsprojekt des nach Weltgeltung strebenden (damals noch) jungen deutschen Kaiser Wilhelm II. Manfred Pohl schildert anhand vieler zeitgenössischer Bilder und Dokumente den Bau und die Finanzierung dieses Großprojektes, dessen politische Bedeutung für die Großmächte jener Zeit sicherlich bedeutender war als die verkehrstechnische Anbindung der heutigen irakischen Hauptstadt. Daher ist der schön gemachte Band auch eine Einführung in die Machtpolitik des ausgehenden 19. Jahrhunderts und die Träume deutscher Politiker, mittels der Eisenbahn Geschichte zu schreiben. (vt) ■

Manfred Pohl: *Von Stambul nach Bagdad. Die Geschichte einer berühmten Eisenbahn.*, Piper Verlag, München 1999, 78,00 DM



Mikrowellenmatsche oder Flirtmenu

Am Herd sind Männer entweder Vollprofis oder blutige Tiefkühltruhendilletanten. Christoph Wagner gehört zur Gruppe der Profis und hat für die männlichen Kochmuffel eine kleine Anleitung zur Eroberung der Küche geschrieben.

Eindruck schinden

Der Chefredakteur des Gault Millau für Österreich liefert nicht nur hundert Rezepte sondern er bereitet sie auch so auf, daß männliche Anfänger zügig loslegen können. Denn bei vielen Männern scheitert das Kochen weniger an genetischer Unfähigkeit, ein geschmackvolles Mahl zuzubereiten, denn an Unerfahrenheit im Umgang mit den Instrumenten der Küche: Nicht jeder Topf ist für Spaghetti, nicht jedes Blech für Pizza geeignet. Schön ist, daß Christoph Wagner bei allen praktischen Tips & Tricks nicht den Hauptzweck vergißt, warum Männer kochen lernen sollen: Um die Damenwelt zu beeindrucken und – zumindest geschmacklich zu verzaubern. (vt) ■



Christoph Wagner: *Kochbuch für Männer*, 256 S., Piper Verlag, München 1999, 16,90 DM

Menschenrechte im Zielkonflikt mit der Wahrung wirtschaftlicher Interessen

CATRIN HANNKEN

So tritt neben der Zielsetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten das wirtschafts- und handelspolitische Interesse, wie die Sicherung von Absatzmärkten und der einheimischen Arbeitsplätze. Die Verfolgung dieses Zieles ist zweifellos legitim, sie darf jedoch nicht dazu führen, daß der Einsatz für Menschenrechte zugunsten einer wirtschaftlichen Dominanz aufgegeben wird. ► Außenpolitik darf nicht als reine Türöffnerfunktion für Wirtschaftsprojekte verstanden werden, bei der der Schutz der Menschen und der Protest gegen die Verletzung ihrer Rechte dem Profit geopfert wird. Jede Abwägung in diesem Zielkonflikt muß die Frage der Menschenrechte im Spiel halten. Dabei muß im konkreten Einzelfall entschieden werden, welche Mittel am wirkungsvollsten der Durchsetzung der Menschenrechte und der Hilfe vieler Menschen dienen – der laute Protest oder auch die stille Diplomatie.

Der Einsatz für Menschenrechte muß als politische Handlungsdirektive in alle Politikbereiche greifen. Politische Prozesse werden jedoch meist nicht nur von einem Handlungsziel bestimmt, sondern oft stehen mehrere, auch gleichrangige, Ziele nebeneinander. Im Entscheidungsprozeß ist dann zwischen normativen und materiellen Zielkonflikten abzuwägen.

► Die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen muß nicht die Durchsetzung von Menschenrechten prinzipiell ausschließen. Jedoch ist die These, daß die Etablierung marktwirtschaftlicher Strukturen und wirtschaftlicher Austausch automatisch zu freiheitlicher Ordnung und dem Schutz von Menschenrechten führt, leider bisher nicht in der Realität bestätigt worden.

Zwar ist erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit letztlich nur auf der Basis freien Denkens und Handelns möglich, jedoch führt ein Warten auf die Selbstheilungskräfte des Marktes dazu, daß die betroffenen Länder die Verwirklichung der Menschenrechte auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Wirtschaft und Politik müssen letztlich auf gemeinsamen freiheitlichen Prinzipien aufgebaut werden.

► Sowohl Staaten, als auch Unternehmen dürfen sich nicht zum Spielball menschenrechtsverachtender Regime machen lassen. Vielmehr müssen sie durch ihre Kontakte, Wirtschaftsbeziehungen und andere Aktivitäten ihren Beitrag zur Achtung der Menschenrechte leisten und für entsprechende rechtliche und institutionelle Standards werben.

Daher sind die Wirtschaftsunternehmen gefordert, bei ihren eigenen Investitionen im Ausland internationale Standards anzuwenden, um so die Lage der Arbeitnehmer zu verbessern.

► Die Vereinten Nationen, die Europäische Gemeinschaft und die einzelnen Länder in bilateralen Kontakten müssen immer wieder auf die Verletzung von Menschenrechten hinweisen. Auch wenn das Instrument der Resolutionen und Konferenzen nicht zur unmittelbaren Verbesserung der Situation der einzelnen unterdrückten und verfolgten Menschen führt, ist ihre allgemeine Bedeutung nicht zu unterschätzen. Denn die Bemühungen der betroffenen Länder zur Vermeidung solcher Entschliefungen zeigt, welche Bedeutung sie ihnen beimessen und das sie sich damit beschäftigen müssen.

► Ebenso wichtig ist, daß die bilateralen Kontakte nicht auf offizielle Zusammenarbeit mit den Machthabern beschränkt werden, sondern gerade auch der Stärkung der Zivilgesellschaft dienen. Dabei sind insbesondere die Gruppen und Organisationen in diesen Ländern, die sich für die Menschenrechte einsetzen, besonders zu fördern.

Ist jedoch keine grundlegende Verbesserung hinsichtlich der Geltung von Menschenrechten erkennbar können auch die Prinzipien der internationalen Ächtung und Isolation greifen.

► Um die Akzeptanz der Menschenrechte und ihre Durchsetzung zu verbessern, muß im Dialog mit Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur eine Veränderung im Denken und Verhalten gerade auch in Bezug auf die Werteorientierung erreicht werden. Dieses ist insbesondere auch Aufgabe der politischen Bildung. ■

Catrin Hannken MdBB ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union



Menschenrechte zwischen universeller Geltung und Relativierung

THOMAS SILBERHORN



Diese universelle, von konkreten Lebensordnungen unabhängige Geltung der Menschenrechte liegt der UN-Charta von 1945, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und den UN-Menschenrechtspakten von 1966 ebenso zu Grunde wie vielen regionalen Kodifikationen, z.B. der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950. Doch in der Staatenpraxis war und ist die proklamierte Universalität der Gefahr einer Relativierung ausgesetzt.

Menschenrechte der dritten Generation

Der Versuch der ehemals »2. Welt« der Ostblockstaaten, der als formal diffamierten Freiheit des Einzelnen eine materiale, soziale Freiheit gegenüberzustellen, ist mittlerweile gescheitert. Das Defizit an individuellen Freiheiten im real existierenden Sozialismus war gerade die Triebfeder der »friedlichen Revolution«. Eindrucksvoller konnte die Mär übereinstimmender Allgemein- und Individualinteressen kaum widerlegt und der Wert individualschützender Rechte kaum demonstriert werden.

Als angeborene, aus der menschlichen Natur abgeleitete Rechte können die Menschenrechte nicht vom Staat geschaffen oder zuerkannt werden. Der Einzelne hat sie – als Mensch schlechthin. Sie sind Ausdruck seiner individuellen Freiheit und begründen einen Anspruch des Individuums gegenüber dem Staat.

Nach wie vor aktuell sind die von den Staaten der sog. »3. Welt« reklamierten kollektiven Menschenrechte der dritten Generation wie das Recht auf Entwicklung oder Umwelt. Zwar mag es zu Recht als Widerspruch empfunden worden sein, dass die westliche Welt in ihren Kolonien auf die Achtung der Menschenrechte keinen allzu großen Wert gelegt hatte, und nun nach der Dekolonisierung einen Menschenrechtsschutz nach westlichem Vorbild forderte. Auch mag es eine Erfahrungstatsache sein, dass ein effektiver Schutz von Menschenrechten wirtschaftliche und soziale Mindeststandards voraussetzt. Doch das Postulat universell vergleichbarer Lebensbedingungen kann die universelle Geltung der Menschenrechte nicht in Frage stellen. Häufigkeit und Schwere von Menschenrechtsverletzungen zeigen nur zu offensichtlich, dass individuelle Menschenrechte nicht durch Volksrechte verdrängt werden können.

Universalität statt Uniformität

Mit diesem Problem eng verwandt ist die Frage nach einer Differenzierung von Menschenrechten aus kulturellen oder religiösen Erwägungen. Dem gegenüber dem Westen bisweilen erhobenen Vorwurf des »Kulturimperialismus« liegt allerdings nicht nur die Sorge von Entwicklungsländern um kulturelle Eigenständigkeit und ihre Befürchtung wirtschaftlichen Hegemoniestrebens der Industriestaaten zu Grunde. Vielmehr dient die Berufung auf Kultur oder Religion nicht selten auch als Vorwand zur Bagatellisierung von Menschenrechtsverstößen und als Instrument zur Sicherung politischer Macht. Demgegenüber bleibt festzuhalten, dass sämtliche Weltreligionen und Kulturtraditionen der universellen Geltung der Menschenrechte nicht entgegenstehen. Universalität muss dabei nicht Uniformität bedeuten. Jenseits eines Kernbestands unabdingbarer menschenrechtlicher Verbürgungen ist eine pluralistische Ausgestaltung des Menschenrechtsschutzes möglich, die unterschiedlichen Kulturen und Religionen Rechnung trägt.

Selektive Sanktionierung

Die Durchsetzung der universellen Geltung von Menschenrechten leidet bislang an unterentwickelten Kontrollmechanismen und vor allem an einer nur selektiven Sanktionierung von Menschenrechtsverstößen. Nach langem Stillstand stellt der Weg zu einem ständigen Internationalen Strafgerichtshof eine bedeutende Fortentwicklung dar.

Dass es hierzu erst der Gewalt in Ruanda und Ex-Jugoslawien bedurfte, erinnert an den erheblichen Blutverlust, den bereits die Etablierung der Menschenrechte in Europa und ihre Renaissance nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert hatten. Es wäre wünschenswert, würde die wachsende internationale Vernetzung und Interdependenz die Einsicht in den Wert individueller Freiheit und universeller Menschenrechte fördern. ■

Thomas Silberhorn ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union

Menschenrechte – eine Verpflichtung für die Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung?

MATHIAS JOHN

Die Entwicklung globaler ökonomischer Strukturen schränkt den Handlungsspielraum einzelner Staaten teilweise deutlich ein, beschert andererseits wirtschaftlichen Akteuren wie multinationalen Konzernen einen Machtzuwachs. Damit rückt auch der ökonomische Sektor stärker ins Blickfeld von Menschenrechtsorganisationen, denn nach Auffassung von amnesty international verpflichtet die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) auch wirtschaftliche Akteure als Organe der Gesellschaft, zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte beizutragen. Sie tragen die unmittelbare Verantwortung dafür, dass die Menschenrechte im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit eingehalten werden, und haben die weitergehende Verpflichtung, ihren Einfluss zur Förderung und Wahrung aller Menschenrechte einzusetzen.

Mehr als 50 Jahre nach Verabschiedung der AEMR ist die Lage der Menschenrechte weiter unbefriedigend bis katastrophal – und häufig werden gerade dort Menschenrechte verletzt, wo die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander klafft.

Abhängigkeiten verhindern

Die Verletzungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller sowie bürgerlicher und politischer Rechte stehen in einem engen Zusammenhang bzw. bedingen sich häufig sogar gegenseitig. Haben multinational agierende Unternehmen bis heute die Menschenrechtslage eher ignoriert, teilweise mit menschenrechtsverletzenden Regimes kollaboriert und waren teilweise sogar in Menschenrechtsverletzungen verwickelt, beginnt sich neuerdings ein Sinneswandel abzuzeichnen – angestoßen auch durch den Druck von Nichtregierungsorganisationen (NRO) wie amnesty international. Einige Unternehmen haben erste Schritte weg vom »business as usual« getan. Sicherlich nicht ganz freiwillig, wie es die Beispiele Royal Dutch/Shell und British Petroleum (BP) zeigen, aber auch im Sinne eines Eigeninteresses an Rechtssi-

cherheit. Nach öffentlichem Druck wegen der »Brent Spar« und des Verhaltens in Nigeria bei Shell sowie den Vorwürfen über Verwicklung in Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien bei BP haben beide Unternehmen Menschenrechtsstandards in ihre Geschäftspolitik aufgenommen. Insgesamt tut sich die »business community« jedoch noch schwer, umfassend und nachprüfbar ihrer Verpflichtung für die Menschenrechte gerecht zu werden.

Hier besteht weiterhin die Aufgabe für die »Zivilgesellschaft«, im kritischen Dialog, aber auch mit öffentlichem Druck das Menschenrechtsbewusstsein der Wirtschaft zu schärfen und bei dieser substantielle Maßnahmen zugunsten der Menschenrechte zu initiieren. Die NRO müssen dabei ihre Unabhängigkeit und ihre Glaubwürdigkeit sicherstellen, sie dürfen sich mit Blick auf das immer noch ambivalente Verhalten der »business community« nicht in Abhängigkeiten von Konzernen verstricken.

Leitmotiv und Prüfstein für das Verhalten wirtschaftlicher Akteure müssen die Prävention von Menschenrechtsverletzungen sowie Schutz und Hilfe für die Opfer sein. Im Sinne der

Unteilbarkeit und gegenseitigen Abhängigkeit aller Menschenrechte muss sich auch die »business community« der Herausforderung stellen, alle Menschenrechte gleichgewichtig zu achten und zu fördern.

In diesem Zusammenhang können Verhaltenskodices und Gütesiegel wirksame Instrumente für Unternehmen sein, ihrer Verpflichtung gerecht zu werden. Diese sollten die ganze Breite der Menschenrechte berücksichtigen, verbindlich für die Unternehmen und ihr geschäftliches Umfeld implementiert werden sowie in der Umsetzung einer unabhängigen Kontrolle unterliegen.

Allerdings dürfen die Staaten und zwischenstaatliche Organisationen nicht aus ihrer Verantwortung für die Menschenrechte entlassen werden, diese müssen weiterhin Einhaltung und Schutz der Menschenrechte gewährleisten, und sie sollten zu Erarbeitung vereinheitlichter Verhaltenskodices mit rechtlicher Verbindlichkeit und unabhängigen Kontrollen beitragen. ■

Mathias John ist Sprecher des Arbeitskreises »Wirtschaft, Rüstung und Menschenrechte« der deutschen Sektion von amnesty international

Menschenrechte **versus** staatliche Souveränität

CHRISTIAN MUCH

1945 erklärten die Vereinten Nationen in ihrer Charta Schutz und Förderung der Menschenrechte sowie diesbezügliche internationale Zusammenarbeit zu einem ihrer Ziele. Mit der Ausarbeitung gemeinsamer Normen und Überprüfungsmechanismen sowie internationaler Rechtsprechungsinstanzen, aber auch mit dem gegenseitigen Austausch menschenrechtlicher Kritik akzeptierten die Staaten zunehmend, dass die Sorge um die Menschenrechte ein berechtigtes Anliegen der internationalen Gemeinschaft ist, das vor den Tabu-Grenzen der Staatensouveränität nicht Halt macht.

Sinnhaftigkeit von Zwangsmaßnahmen zum Schutz der Menschenrechte bzw. zur Vermeidung massiver Menschenrechtsverletzungen (»humanitäre Intervention«) ausgelöst hatten.

Autorisierung durch UN

Ob zur Durchsetzung des Rechts Gewalt angewendet werden soll, gehört zu den schwierigsten und umstrittensten außenpolitischen Fragen.

Antworten hierauf sollten auf einem Bekenntnis zum Multilateralismus aufbauen. Dessen überragende Bedeutung für uns ist nicht nur eine zentrale historische Lehre, sie folgt auch aus der Über-

me, aber kein Präzedenzfall. Die Motive für die jeweiligen außenpolitischen Reaktionen in Kosovo, Osttimor und Tschetschenien sind bisweilen mißverstanden worden. Es ging nicht nur um Werte, sondern auch um Interessen.

Im Kosovo ging es insbesondere auch um die regionale Sicherheit in Südost-Europa, die direkte Auswirkungen auf ganz Europa hat. Hätten wir dem aggressiven Nationalismus Milosevics nicht getrotzt, ein fünfter Balkankrieg wäre die Folge gewesen. Das Ergebnis der Intervention ist, dass heute nicht nur die Menschen im Kosovo, sondern in der ganzen Region mit dem Stabilitätspakt eine Chance haben, friedlich zusammenzuleben und zum Europa der Integration aufzuschließen. Der Schlüssel dafür ist ein demokratischer Wandel in Serbien, zu dem wir durch verstärkte Unterstützung der demokratischen Opposition beitragen.

In der Debatte um »humanitäre Interventionen« wird oft vergessen: Zivile Konfliktprävention muß Vorrang haben vor militärischer Krisenreaktion. Prävention hat viele Aspekte: die weltweite Förderung von Menschenrechten und Demokratie, den wichtigsten Voraussetzungen für den inneren und äußeren Frieden, die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, Abrüstung und die Beschränkung des Rüstungsexports, die Verbesserung der Mechanismen von peacekeeping und peacebuilding. Im weiteren Sinne sind die EU-Erweiterung, die Heranführung der Türkei und der Stabilitätspakt Südosteuropa Beispiele präventiver Friedenspolitik.

Präventive Diplomatie verfügt über eine vergleichsweise geringe Lobby und unzureichende Mittel. Umso mehr ist die Bundesregierung hier auf die Unterstützung durch alle politischen Kräfte angewiesen. ■

Christian Much, Auswärtiges Amt Berlin – Arbeitsstab Menschenrechte

Anders als im herkömmlichen Völkerrecht geht es bei den Menschenrechts-Konventionen vorrangig nicht um die Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen, sondern um die Beziehungen Staat/Mensch. Sind die Menschenrechte gar ein Schritt in Richtung einer »welt-innenpolitischen Verfassung« bzw. des schon von Immanuel Kant geforderten »Weltbürgerrechts«? Jedenfalls wächst die Erkenntnis, dass staatliche Souveränität der inneren Legitimation bedarf. Die »Souveränität« des Individuums tritt der staatlichen Souveränität zur Seite.

Das in Art. 2 Abs. 7 UN-Charta enthaltene Nichteinmischungsgebot wurde in menschenrechtlichen Fragen durch freiwilligen Souveränitätsverzicht überlagert. Auf der Wiener Menschenrechtsweltkonferenz (1993) haben alle Staaten der Welt das einmütig und ausdrücklich bekräftigt. UN-Generalsekretär Kofi Annan sagte vor der UN-Generalversammlung (1999):

»Der souveräne Staat wird heutzutage durch die Kräfte der Globalisierung und der internationalen Zusammenarbeit Neubestimmt. Der Staat wird heute ganz überwiegend als Diener der Menschen verstanden, nicht umgekehrt.« Er sagte das auch vor dem Hintergrund der Konflikte in Kosovo und Osttimor, die eine Debatte um Zulässigkeit und

zeugung, dass die globalen Zukunftsprobleme nur durch ein zivilisiertes Miteinander zu lösen sind. Multilateralismus bedeutet die Überwindung von Machtstaat, von Hegemonialpolitik und Nationalismus durch den zivilisierten Ausgleich nationaler Interessen und deren Einbindung in multilaterale Institutionen durch das Recht. Dies alles darf nicht leichtfertig auf's Spiel gesetzt werden.

Für Zwangsmaßnahmen muss daher eine überzeugende völkerrechtlich Legitimitätsgrundlage vorliegen. Zwangsmaßnahmen nach Kap. VII der UN-Charta sollten grundsätzlich durch den UN-Sicherheitsrat autorisiert werden. Der NATO-Einsatz in Kosovo war eine aufgrund der ganz besonderen Notlage und Umstände gerechtfertigte Ausnah-

Das Internet boomt in Deutschland, E-mail ist aus der Wirtschaft aber auch privat fast nicht mehr wegzudenken, alles ist mobil, drahtlos, vernetzt. Die ENTSCHEIDUNG im Gespräch mit Markus Söder, MdL, bayerischer JU-Chef und Vorsitzender der CSU-Medienkommission, über die Chancen der neuen Technologien.

Die DIGITALE Revolution

ROBERTO FLEISSNER

ENTSCHEIDUNG: Markus, du bist gerade Vorsitzender der CSU-Medienkommission geworden. Wie verändern die neuen Technologien, nehmen wir etwa e-commerce die Wirtschaft?

Söder: Wir erleben zur Zeit die »Revolution der Distribution«. Völlig neue Übertragungswege und Vertriebswege schaffen bisher ungeahnte Möglichkeiten. Über das Netz werden Geschäfte des Versandhandels abgewickelt, Auktionen und Versteigerungen durchgeführt, Waren just-in-time verkauft, das online-banking etabliert und auch der Wertpapierhandel neu definiert. Diese Entwicklung betrifft auch die Unterhaltungsangebote bis hin zur Digitalen Konvergenz – dem Zusammenwachsen von Internet und Fernsehen. Daraus ergeben sich außerordentliche Wachstumschancen für die deutsche Wirtschaft.

ENTSCHEIDUNG: Wer profitiert von dieser Entwicklung?

Söder: Im Grunde alle Beteiligten. Der Kunde kann Angebote einfacher vergleichen, findet wegen der Fülle der weltweit angebotenen Waren das Produkt, das seinen Bedürfnissen entspricht. Die Unternehmen profitieren von zielsicheren und kostengünstigen Geschäftsabläufen und sind auf den globalen Märkten präsent. Auch die Geschäftsbeziehungen unter den Unternehmen werden einfacher und schneller. Das wichtigste aber ist: Es entstehen zukunftssichere Arbeitsplätze, junge Online-Firmen schießen aus dem Boden. Alleine in Bayern bieten über 2000 solcher Unternehmen mehr als 100.000 Menschen einen Job. Damit sind rund ein Viertel aller deutschen Softwareunternehmen im Freistaat beheimatet.



ENTSCHEIDUNG: Rosige Zeiten also. Wie bleibt man aber am Ball der Entwicklung, was muß künftig getan werden?

Söder: Man darf sich nicht entspannt zurücklehnen. Dieser Markt ist unglaublich dynamisch. Heute gilt nicht mehr »die Großen fressen die Kleinen«, sondern »die Schnellen fressen die Langsamen«. Wollen wir auch in Zukunft Spitze sein, müssen Strukturen und Ausbildung marktfähig bleiben. Bayern hat mit der High-Tech-Offensive einen wichtigen Baustein gelegt. Neben der Entstehung des Software-Campus, der Gründung der virtuellen Hochschule, der Qualifizierungsoffensive IuK, dem Programm Schulen ans Netz und dem Ausbau der Informatik-Lehrstühle gibt es noch andere Ideen. Das bisher Geleistete sucht zwar in Deutschland seinen Vergleich – ist aber erst der »Start up« für die Zukunft. Interessante Denkmodelle gibt es auch bei Abstimmungen und in der Verwaltung. Hierbei denke ich an das »papierlose« Ministerium und »cyber vote«, Wahlen via Internet.

ENTSCHEIDUNG: Dazu sind aber auf breiter Linie Kenntnisse über die neuen Techniken notwendig. Wie kann das Bildungssystem den Herausforderungen angepaßt werden?

Söder: In der Schule müssen die Lehrer massiver in den neuen Technologien ausgebildet werden. Informatik muß Pflichtfach beim Abitur werden. An den Hochschulen ist an ein Stipendienwesen für Technik und Informatik zu denken. Außerdem soll im Rahmen der virtuellen Hochschule das Ausbildungsziel e-Manager oder ein eigener Studiengang e-commerce gegründet werden. Insgesamt gilt: Wir müssen alle Potentiale der Technik ausschöpfen und die politischen Weichen für den Anschluß an die USA stellen. Die JU ist dabei der Provider der Zukunft. ■

Nur zwei Tage Zeit bleiben noch, sich vor der Wahl einen Eindruck von der politischen Lage vor Ort zu verschaffen. In Gesprächen mit dem Leiter der Gebietswahlkommission, einem Journalisten sowie einigen Mitarbeitern aus dem Stab Putins wird der Einfluß des amtierenden Präsidenten mehrere Zeitzonen entfernt vom Kreml sofort deutlich.

**Macht und Abhängigkeit –
Moskau verteilt das Geld**

Putin betreibt keinen Wahlkampf im herkömmlichen Sinn. In der Stadt hängen keine Plakate von ihm, nur wenige Wahlkampfmaterialien überhaupt werden verteilt. Putin setzt hingegen auf die Unterstützung durch die regionalen Eliten. Zahlreiche Direktoren der wichtigsten Industriebetriebe sind Anfang Januar in die Bewegung »Einheit/Bär« eingetreten, um dem neuen Kremlchef ihre Loyalität zu bekunden. Die örtli-

Pünktlich wie die Maurer landet um 05.00 Uhr die IL-62M der Aeroflot nach sechs Stunden Flug und über 4000 km auf dem Flughafen der Stadt Irkutsk im östlichen Sibirien. Es ist noch dunkel, als die Wahlbeobachter der OSZE über das Flugfeld auf den Ausgang zulaufen. Leichter Schneefall, aber nur -5° C. Der Zeitunterschied zu Moskau beträgt fünf Stunden. Einige Stunden Schlaf und die Wahlbeobachtungsmission für die 15 Kurzzeitwahlbeobachter aus Deutschland, Spanien, Großbritannien, Finnland, Griechenland, Schweden und den Niederlanden beginnt.

chen Medien berichten ausführlich über den designierten Nachfolger Jelzins. Kontrolliert werden die meisten Zeitungen, Radiosender und das Lokalfernsehen von den wichtigsten Unternehmen und durch den Gouverneur durch die Vergabe hoher Subventionen. Die Direktoren und der Gouverneur bestimmen Inhalt und politische Ausrichtung. Wichtige Persönlichkeiten des lokalen Lebens wie Professoren, Künstler und Unternehmer bekunden öffentlich ihre Unterstützung für Putin.

ULRICH BURGER

ABSTIMMUNG am BAIKAL-SEE



Gehen nach dem Wahlsieg Putins die Uhren im Kreml jetzt anders?



Was braucht Russland? Wille und Verstand, Grigoriy Jawlinskij

Holzhäuser in Irkutsk, wo die Zeit stehengeblieben zu sein scheint

Der Gouverneur der Gebiete Irkutsk, der vor den Duma-wahlen noch die damals gegen Putin eingestellte Bewegung »Vaterland – ganz Rußland« des Moskauer Oberbürgermeisters Lushkow bevorzugte, hat die neuen Realitäten erkannt und fordert die Bevölkerung jetzt auf, Putin zu wählen. Seine Region mit ihren maroden Industriegiganten hängt am finanziellen Tropf aus Moskau.

Putin muß keinen Wahlkampf betreiben, dies übernehmen seine »lokalen Repräsentanten« wie Unternehmer und Professoren für ihn. Die Mitarbeiter seines Stabes erklären: »Wir bevorzugen Treffen unserer Repräsentanten mit den

auf ihre Parteien, die übrigen Kandidaten bleiben Einzelkämpfer und keiner von ihnen erzielte am Wahltag über drei Prozent.

Die Abstimmung in der Industriestadt Angarsk 50 km nördlich von der Gebietshauptstadt verläuft ruhig. Wir können alles bis hin zur Eingabe der Daten in den Computer der Stadtverwaltung beobachten. Lediglich kleine Verletzungen des Wahlgesetzes sind zu

verzeichnen. Oftmals stimmen Ehepaare gemeinsam in einer Wahlkabine ab. Dies sei in Rußland Tradition, Männer und Frauen hätten keine Geheimnisse voneinander, erklärt man mir. Bei der Auszählung werden auch nicht mehr die Stimmzettel laut für jeden verständlich vorgelesen, wie es das Wahlgesetz vorschreibt. Ein wenig erschrocken weist die Vorsitzende im Wahllokal Nr. 037, da sie bei einer Verletzung des Wahlgesetzes ertappt wird, meinen Hinweis darauf zurück. »Das Ergebnis sei doch das gleiche«, meint sie. Auffällig ist, daß die Wahlvorstände in überwältigender Mehrheit mit Frauen besetzt sind. Die Vorsitzende eines Wahlvorstandes erklärt lächelnd: »Dies ist so, weil die Männer hier für solche Aufgaben zu unzuverlässig sind.« Am Ende der Auszählung gewinnt Putin im Gebiet Irkutsk mit 50,08 Prozent, Zjuganow erzielt immerhin noch 33,5 Prozent und Jawlinskij landet abgeschlagen mit 5,06 Prozent auf dem dritten Platz. Die Zahlen in Irkutsk unterscheiden sich doch um einige Prozentpunkte vom amtlichen Endergebnis. Aber die Wahl wurde ohnehin im voraus entschieden, in Rußland überläßt die Macht nichts dem Zufall. ■

Ungleiches Spiel

Der ehemalige KGB Offizier Putin vertraut auf die Macht der Bilder, wenn er im Kampfjet nach Tschetschenien fliegt oder mit dem britischen Premierminister in der Zarenresidenz konferiert. Er muß nicht wie Grigoriy Jawlinskij (JABLOKO) in einer Kochsendung mitwirken oder wie andere Kandidaten in Talkshows sitzen. Ohnehin waren im Wahlkampf keine ernstzunehmenden Herausforderer außer Jawlinskij und dem Kommunistenführer Gennadij Zjuganow angetreten. Zahlreiche Plakate von Jawlinskij und Zjuganow hängen in Irkutsk. Die anderen Kandidaten sind praktisch nicht vertreten. Drei der Mitbewerber Putins gelang es nicht einmal, in Irkutsk Mitarbeiterstäbe aufzubauen. Lediglich Putin, Jawlinskij und Zjuganow stützen sich im Wahlkampf

Die EU vom Kopf auf die Füße stellen

PETER ALTMAIER

Zum ersten Mal seit dem Beginn der europäischen Integration geht es bei einer wichtigen Neuregelung nicht darum, neue Kompetenzen auf die EU zu übertragen, sondern darum die Ausübung bereits vorhandener Kompetenzen besser zu kontrollieren und abzugrenzen: Mit der Grundrechtscharta werden die Rechte der Bürger gegenüber der Europäischen Union und ihrer Verwaltung erstmals umfassend festgeschrieben und verstärkt.

Bis 1992 fanden die Grundrechte in den Europäischen Verträgen überhaupt keine Erwähnung. Seitdem wird auf die Europäische Menschenrechtskonvention und auf die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten verwiesen, bislang jedoch ohne durchschlagenden Erfolg.

Zwar hat der Europäische Gerichtshof schon seit langem in seiner Rechtsprechung eine große Zahl von Grundrechten anerkannt; doch ist bisher noch keine einzige EU-Maßnahme wegen Verstoßes gegen diese Grundrechte aufgehoben worden. Angesichts der vielen hundert Richtlinien, Verordnungen und Entscheidungen, die auf europäischer Ebene jährlich getroffen werden, ist dieses Ergebnis mehr als erstaunlich.

Kontroll- und Schutzfunktion

Durch die Grundrechtscharta wird sich dies ändern. Mit ihr wird dem Einzelnen endlich ein klarer und präziser Katalog an die Hand gegeben, anhand dessen künftig alle Gemeinschaftsrechtsakte auf ihre Vereinbarkeit mit den Grund- und Menschenrechten überprüft werden können.

Somit hat die Charta eine wichtige Kontroll- und Schutzfunktion gegenüber den EU-Organen. Sie bietet darüber hinaus auch die Möglichkeit zu sinnvol-

len Neuerungen, die über das hinausgehen, was bislang auf nationaler Ebene an Grundrechtsschutz geregelt ist. Zu denken ist etwa an die Einführung eines besonderen Informationsrechtes gegenüber den EU-Behörden sowie an die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf »gute Verwaltung«, der dafür sorgen soll, dass EU-Entscheidungen gegenüber den europäischen Bürgern künftig in angemessener Zeit ergehen und hinreichend und klar begründet sind.

Vorstellbar ist zudem die Einführung eines Rechts auf Heimat, das effektiven Schutz vor Vertreibungen und Diskriminierung von Minderheiten bieten könnte. Insbesondere im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Osteuropa und im ehemaligen Jugoslawien scheint ein solcher Ansatz berechtigt.

Wichtig ist auch die Signalwirkung, die von der Charta ausgeht: Sie kann für junge Demokratien in der ganzen Welt Vorbild sein und neue Maßstäbe setzen. Schließlich zwingt sie uns auch zum Nachdenken über eine scharfe Kompetenzabgrenzung zwischen der EU einerseits und ihren Mitgliedstaaten andererseits. Denn nur wenn klar ist, dass den Mitgliedstaaten auch künftig substantielle eigene Aufgaben und Zuständigkeiten verbleiben, kann die Integration auf Dauer gelingen.

Entworfen werden soll die Grundrechtscharta von einem sogenannten Konvent, der zu je einem Drittel aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und der Regierungen der Mitgliedstaaten

besteht und unter Vorsitz des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog arbeitet.

Die Zusammensetzung und die Bedeutung dieses Gremiums machen deutlich, dass wichtige Entscheidungen in der EU nicht länger nur von Regierungsvertretern hinter verschlossenen Türen getroffen werden können – auch insofern ein ermutigender Schritt hin zu mehr Demokratie und Transparenz.

Die Zeit drängt

Der Zeitplan für die Arbeit des Grundrechtskonvents ist eng gesteckt:

Bis zum Sommer muß Klarheit über den wesentlichen Inhalt der Charta bestehen, damit ab September über ihre mögliche Aufnahme in die Europäischen Verträge beraten werden kann. Denn nur wenn die Charta mehr wird als eine unverbindliche, feierliche Proklamation, wird sie im Hinblick auf den Rechtsschutz der europäischen Bürger und die Kontrolle der EU und ihrer Organe einen entscheidenden Fortschritt bringen.

Die Schaffung einer EU-Grundrechtscharta, die diesen Namen auch verdient, wird ein Meilenstein auf dem Wege zur Schaffung eines bürgerfreundlichen Europas sein. Sie muß sich – so wie alle großen Fortschritte in der Europäischen Integration – eng mit dem Namen von CDU und CSU verbinden! ■

Peter Altmaier ist Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretendes Mitglied des Konvents zur Erarbeitung der Europäischen Grundrechtscharta

MEDIENHEARING

Aufbruch nach e-world

HARALD SCHMITT

Im Gebäude der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin fand im März ein Hearing zur Medienpolitik statt, zu dem der Bundesvorstand der Jungen Union eingeladen hatte. Namens der Bundesvorsitzenden Hildegard Müller konnte Bundesvorstandsmitglied Daniel Walther in Vorbereitung des Leitantes für den Deutschlandtag 2000 hochrangige Experten von Verbänden und Unternehmen begrüßen.

Bilder ersetzen Inhalte

Den Eröffnungspart übernahm Hans-Jörg Heims (Süddeutsche Zeitung). Heims stellte einen grundlegenden Wandel in der Medienlandschaft dar, der sich mit dem 1998er Bundestagswahlkampf abzeichnet und sich mit

Rot-Grün strategiefrei

Weitere Referenten waren Dr. Peter Charissé (Verband für privaten Rundfunk und Telekommunikation), Axel Kossel (Computerzeitschrift »c't«), Niels Lau (Bund der Deutschen



Industrie), Christoph Speshardt (Internet start-up »n-tree«), Dr. Steffen Wenzel (Internetportal »politik-digital«). Alle Referenten stimmten darin überein, dass die Bundesregierung für den Bereich der neuen Medien keine stimmige Strategie entwickelt habe. Die Entwicklungschancen dieses für die Demokratie wie auch für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts wichtigen Marktes litten insbesondere unter einer Zersplitterung der Zuständigkeiten über eine Vielzahl von Ministerien. BDI-Vertreter Lau regte an, dem Beispiel Finnlands folgend, auch für die Bundesregierung einen Internet-Beauftragten zu benennen. Ferner stimmten die Teilnehmer darin überein, dass technische wie rechtliche



dem Regierungsumzug nach Berlin vollzogen habe: »Immer stärker ersetzen Bilder die Inhalte. Die Medien versuchen, jedes Spezialthema mit einem 'Gesicht' in Verbindung zu bringen«, so Heims. Der steigenden Komplexität der Inhalte werde seitens der Medien, insbesondere der elektronischen, durch eine Reduzierung auf jeweils eine Person begegnet; gleichzeitig sei im Vergleich zu Bonner Zeiten die Zahl, aber nicht die Qualität, der Medienvertreter gewachsen, betonte Heims. Als Beispiel nannte er den hessischen Bundestagsabgeordneten Andreas Storm, wenn es um die Rentenpolitik der Union gehe. Als Gegenstrategie gegen die Abflachung der Berichterstattung schlug Heims die Stärkung der Kompetenzen des Presserats und auf Seiten der Konsumenten eine verstärkte, fächerübergreifende Medienerziehung in den Schulen vor.



Hemmnisse schnellstmöglich abzubauen seien; so müsse das Breitbandkabelnetz für das Internet nutzbar gemacht und Wettbewerbshemmnisse abgebaut werden.

Einen detaillierter Bericht ist über das Internet www.ent-scheidung.de abrufbar. ■

Harald Schmitt ist Mitglied im JU-Bundesvorstand.

TIERSCHUTZ

JU-Bundesvorstand begrüßt Bundestagsentscheidung

Ausdrücklich hat es der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung in Waldenburg (Baden-Württemberg) begrüßt, dass die Staatszielbestimmung »Tierschutz« nach teilweise recht emotionsgeladener Diskussion nicht ins Grundgesetz aufgenommen wird. Vor allem die Unionsabgeordneten hatten mit ihrer ablehnenden Haltung ein Zustandekommen der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit verhindert.

Der Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands setzt sich zwar entschieden für den Tierschutz in Deutschland ein, lehnt jedoch die von der Bundesregierung angestrebte Verankerung einer Staatszielbestimmung »Tierschutz« im Grundgesetz aus verfassungspolitischen, medizinisch sowie forschung- und standortpolitischen Gründen ab.

So sprechen zunächst schon verfassungspolitische Bedenken gegen eine Grundgesetzverankerung, da das Grundgesetz nicht zu einem Wunschkatalog von Interessen werden darf, die die Verfassung künstlich ausdehnen und die Integrationswirkung beschädigen, ohne das in der Sache etwas erreicht wird. Denn eine Staatszielbestimmung im Grundgesetz hätte einen unverbindlichen Charakter und erfüllte populisti-

sche Absichten, sie würde aber keines der derzeitigen aktuellen Tierschutz-Probleme lösen.

Tierversuche notwendig

Außerdem müssen aus Sicht des Bundesvorstandes auch medizinisch Argumente gesehen werden, denn ohne Tierversuche ist therapeutischer Fortschritt nicht möglich. Patienten mit bislang nicht oder nur teilweise therapierbaren Erkrankungen verlangen mit gutem Recht von der Forschung, den Weg für Heilungsmöglichkeiten innerhalb vertretbarer ethischer Grenzen zu ebnet. Diese berechtigten Erwartungen dürfen nicht übergangen werden. Darüber hinaus erfordert auch die Gesundheit von Endverbrauchern und Arbeitnehmern bei der Entwicklung und Einführung neuer u.a. chemischer Produkte und die Umwelt umfassende Sicherheitsprüfungen, die sich gänzlich ohne Tierversuche nicht darstellen lassen.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie und die wissenschaftliche Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind schließlich auf die grundgesetzlich gewährte Freiheit der Forschung angewiesen. Eine weitere Aufweichung kann nicht hin-

genommen werden, zumal ein sachlich begründeter Anlass, das Grundrecht der Forschungsfreiheit durch die Aufnahme einer Staatszielbestimmung »Tierschutz« ins Grundgesetz zu begrenzen, nicht eingängig ist, da das deutsche Tierschutzgesetz schon sehr restriktive Regelungen trifft. In kaum einen anderen Land werden Tierversuche so scharf kontrolliert wie in Deutschland.

Bei den aus den genannten Gründen erforderlichen Tierversuchen bekennt sich der Bundesvorstand ausdrücklich zum Tierschutz, weist aber auch auf die diesbezüglichen Bemühungen hin. So sind seit 1989 die Tierversuchszahlen in der Arzneimittelforschung und -prüfung in Deutschland um fast die Hälfte zurückgegangen. Die Verankerung des »Tierschutzes« im Grundgesetzes hätte den Forschungsstandort Deutschland geschwächt und ein völlig verfehltes standortpolitisches Signal gesetzt. Deshalb hat der Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands genauso wie Industrie und Wissenschaft die Bundestagsentscheidung mit großer Erleichterung aufgenommen. Das Thema Tierschutz bleibt aber nichts desto trotz auf der Tagesordnung, stellte der Bundesvorstand der Jungen Union klar. ■

SCHÜLER-UNION

Gestern Oskar, morgen Laptops

Wo die Union regiert, geht es mit der Bildung aufwärts! Dies konnte der Bundeskoordinationsausschuss der Schüler Union Deutschlands (SU) bei seiner Sitzung in Saarbrücken feststellen. Auf Einladung des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller und des Landesvorsitzenden der SU Saar, Sebastian Warken, fanden der Bundesvorstand und die Landes-

vorsitzenden der CDU-nahen Schülerorganisation den Weg ins Saarland. Als Gast begrüßte der SU-Bundesvorsitzende Philipp Mißfelder auch den JU Landesvorsitzenden Alexander Funk, der den SUlern Rede und Antwort stand. Peter Müller und der JU-Chef waren sich einig: Mit dem Saarland geht es aufwärts. In der Bildungspolitik sei vieles erreicht worden, der SPD-

Filz musste sich verabschieden. Die SU Saar forderte, dass jeder Schüler im Saarland einen eigenen Laptop erhalten solle. Ob der Ministerpräsident diese Forderung erfüllen kann, wird die SU verfolgen. Sicher ist in jedem Fall, dass im Saarland nach fast fünfzehn Jahren »Oskar-Stillstand« endlich zukunftsorientierte Bildungspolitik gemacht wird. ■

NORDRHEIN-WESTFALEN

Wien-Budapest! Wer kommt mit?

Wien/Budapest (GP). Die Junge Union NRW veranstaltet eine politische Bildungsreise in die Zentren der früheren »k.u.k. – Monarchie«. Reisetrip ist der 12. bis 18. Juni 2000. Das inter-



essante kulturelle Programm wird für 699 DM angeboten. Zwar hat Wien seit dem Zusammenbruch der Habsburger-Monarchie nicht mehr den Stellenwert als politischer und kultureller Mittelpunkt Europas, jedoch zeugen die historischen Bauten von einer großen Vergangenheit. Budapest, »das Paris des Ostens«, ist nach wie vor Mittelpunkt im

südosteuropäischen Raum. Wer sich dies nicht entgehen lassen will, kann weitere Informationen zur Anmeldung bei Stefan Simmnacher in der Landesgeschäftsstelle der JU NRW erhalten (Telefon 02 11-1 36 00-50). ■

THÜRINGEN

A und O für Existenzgründer

Sondershausen (GP). In Thüringen wird nicht nur diskutiert. Beim Landtag stimmten die Delegierten mit großer Mehrheit für einen Leit Antrag zu neuen Wegen in der Wirtschaftspolitik.

Existenzgründung und Existenzsicherung waren die Schlagworte in Sondershausen. Die Junge Union fordert die Landesregierung auf, einen Investmentfond für langfristige Kapitalanlagen in Form einer Aktiengesellschaft zu gründen. Außerdem sollen im Freistaat ein direkter Ansprechpartner für Investoren und eine Anlaufstelle für Existenzgründer geschaffen werden. »Alle wichtigen Informationen aus einer Hand sind das A und O«, ist sich Georg von Witzleben, Chef der JU Thüringen, sicher. Verlangt wird auch, dass die Zusammenarbeit von Schulen und Un-



ternehmen gefördert wird und die wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien zu 50 Prozent mit Unternehmern besetzt werden. Zu Gast war Wirtschaftsminister Franz Schuster, der sich mit der aktuellen Wirtschaftslage in Thüringen zufrieden zeigte. Da die JU sich für Veränderungen stark machte, waren Meinungsverschiedenheiten vorprogrammiert. ■

THÜRINGEN

Thüringen diskutiert

Erfurt (AB). Mühlhausen, Sondershausen, Schmalkalden, Erfurt, Gera und Saalfeld waren in den letzten Wochen Schauplätze der ersten Thüringer Gespräche, mit denen es der JU-Landesverband geschafft hat, den offenen Dialog mit der Parteibasis in Gang zu bringen. Die längst überfällige Erneuerung der Union wurde angestachelt und den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, in die Partei hinein zu horchen. Der Forderung nach Rückkehr zur Sachpolitik



stimmten nicht nur die nach der Spendenaffäre arg gebeutelten Kommunalpolitiker und jungen Wahlkämpfer zu, die am 14. Mai die Bürgermeister- und Landratswahlen gewinnen wollen.

Offene Diskussion

Der JU-Landesvorsitzende Georg von Witzleben ist vom Erfolg der Thüringer Gespräche überzeugt und will die Reihe fortführen. Wichtig ist für ihn dabei; »dass Andersdenkende nicht als Nestbeschmutzer diffamiert werden. Nur mit einer offenen Diskussion kommen wir weiter«. Klar, dass die Junge Union ihre Meinung vertritt und die Mutterpartei damit voran treibt. Neue Leute und neue Ideen brauchen eine wirkliche Chance und die Junge Union macht sich weiter für mehr Demokratie und Einbeziehung der Basis stark! ■

SACHSEN-ANHALT

Landesregierung versäumt Hausaufgaben

Magdeburg (GP). Die von der Landesregierung Sachsen-Anhalts geplante Gebietsreform findet beim dortigen JU-Landesvorstand wenig Anklang. Zwar sei 1994 mit der vollzogenen Kreisgebietsreform ein wesentlicher Schritt zur Effektivierung der Verwaltung auf Gebietsebene vollzogen worden.



Allerdings sei es versäumt worden, diesen Weg konsequent weiterzugehen, so die JU-Landesvorstandsmitglieder in einer Stellungnahme. Gerade durch die jetzige Regierungskonstellation (SPD-Minderheitsregierung unter PDS-Tolerierung) sei ein Reformstau vorprogrammiert.

Kommunen im Würgegriff

Einsparungsmaßnahmen hätten nur die Kreise hinnehmen müssen, das Land hingegen habe nur einen Bruchteil dieser Einsparungen selber übernommen. Anstatt Landesämter in Ministerien einzugliedern, was lediglich eine Personalverschiebung bedeute, müsse auch das Land deutlich einsparen. Denn seit 1992 seien im Bereich der kommunalen Verwaltung 54.000 Stellen eingespart worden – auf Landesebene jedoch nur rund dreitausend.

Kein SPD-Eigentum

Durch einen großen Einschnitt beim Stellenüberbestand auf Landesebene, könne das dabei eingesparte Geld für eine konsequente Wirtschaftsoffensive eingesetzt werden.

Stattdessen versuche die SPD, durch die Schaffung komplexer und undurchsichtiger Strukturen immer mehr Macht zu vereinnahmen. Als 35 Prozent-Partei müsse die SPD sich bewusst werden, dass ihr Sachsen-Anhalt nicht gehöre.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Schüler für Rüttgers

Leverkusen (GP). Beim »Bildungsforum 2000« der Jungen Union NRW in Leverkusen forderte der CDU-Spitzenkandidat zur Landtagswahl am 14. Mai, Jürgen Rüttgers, der Schul- und Bildungspolitik größeres Gewicht zu verleihen. Der frühere Bundesbildungsminister forderte mehr Mitbestimmung in der Schule. So sollten Lehrer, Eltern und Schüler ihren Schulleiter im Abstand von mehreren Jahren selber wählen können. Die schulpolitische Sprecherin der JU NRW Alexandra Bause, hatte zahlreiche Vertreter der wichtigsten bil-

dungspolitischen Verbände in NRW eingeladen. »Wir wollen alle Betroffenen einbinden«, so Bause. Jürgen Rüttgers ging nicht nur auf klassische Bildungsthemen ein, sondern hob auch sein Engagement in der IT-Politik hervor. »Bildung und Internet sind zentrale Wahlkampfthemen«, so der CDU-Landesvorsitzende. Unterdessen hat sich eine unabhängige Schülerinitiative gegründet, die den Wechsel in NRW für eine bessere Bildung fordert. »Schüler für Rüttgers« unterstützt den Unions-Kandidaten (Infos unter www.sfruetters.de).



GOSLAR

Diskussion mit Gerold Papsch

Goslar (MB). Zu einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Goslar kam der Landesvorsitzende der Jungen Union Niedersachsen, Gerold Papsch. Er diskutierte mit den Mitgliedern über die »Bildungs-Kompanie«, eine landesweite Initiative mit Aktionen von der Jungen Union und Schüler Union Niedersachsen, an der sich auch die einzelnen Stadtverbände in Goslar beteiligen. Auch die Spendenaffäre und die Finanzierung von Aktionen und Kampagnen wurden mit dem Landesvorsitzenden diskutiert.

Lob für Merkel und Co.

Der JU-Kreisvorsitzende Florian Schmidt lobte die neuen Führungskräfte der CDU auf Bundes- und Landesebene. Merkel, Merz und Wulff zeigten, dass die jüngere Generation nun an der Spitze sei. In den Verbänden vor Ort habe es die JU allerdings noch schwer. Jan-Holger Keuntje, der sieben Jahre lang erfolgreicher Vorsitzender der JU Seesen war, wurde für seine Tätigkeit vom Kreisverband mit der Ehrennadel der Jungen Union ausgezeichnet.

ESCHEDE

Scientology noch immer gefährlich

Eschede (GP). Die Junge Union Lachendorf-Eschede veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Schüler Union Celle-Gifhorn einen Diskussionsabend zum Thema »Scientology – Kirche oder Gefahr für uns alle?«. Referent war der Beauftragte des Kirchenkreises Celle für Weltanschauungsfragen, Pastor Nemetschek.

»Es geht damit los, daß sie auf der Straße angesprochen und nach ihren Problemen im Alltag gefragt werden«, so Nemetschek. »Vielleicht kaufen sie noch ein Buch, von dem Menschen, der sie von ihren Sorgen befreien möchte und geben ihm ihre Adresse für eventuelle Rückfragen. Sobald Scientology ihre Adresse hat, sind sie völlig hilflos«. Wer aussteigen wolle, werde mit unzähligen Telefonanrufen terrorisiert. Er habe sogar von Menschen gehört, denen mit Mord gedroht worden sei.

Gezielte Unterwanderung

Scientology habe fünf Zielgebiete: die Justiz, die Politik, die Wirtschaft, die Bildung und Erziehung sowie das Individuum. Ziel sei es, jeden Bereich davon zu überzeugen, dass die Scientology Church das einzig funktionierende System für den Menschen bereit hält. »Scientology will die Wirtschaft der gesamten Welt mit seiner Verwaltungstechnologie versorgen, um die Wirtschaft von sich abhängig zu machen«, so Nemetschek.

LÜCHOW-DANNENBERG

Junge Union auf Strahlensuche

Geesthacht (GP). Ende vergangenen Monats ist das Atomkraftwerk Krümmel (Geesthacht/Elbe) nach fünfwöchigen Kontrolluntersuchungen wieder ans Netz gegangen. Beim Besuch der JU Lüchow-Dannenberg im AKW Krümmel stand daher die Frage nach der Sicherheit von Reaktoren und den Castor-Transporten im Vordergrund. »Wir lassen es uns nicht nehmen, Ihnen alles bis hin zu dem Brennelementenlager zu zeigen um sich so von unserer Sicherheitsphilosophie selbst ein Bild zu machen«, erklärte der Leiter des Informationszen-

trums. Für die Sicherheit gibt es mehrere, voneinander unabhängig arbeitende Sicherheits- und Steuersysteme, eine hohe Anzahl an Messstationen innerhalb des AKWs als auch im Umkreis von 10 Kilometern. Die unzähligen Kontaminationskontrollen überraschten die Besucher. Auch Boden- und Lebensmittelproben sind Bestandteil des Sicherheitsprogrammes.

Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Leukämieart in der Elbmarsch andere Faktoren habe als radioaktive Strahlung.



Aufgrund der Erkenntnis, dass Leukämie auch gehäuft in der Umgebung von Baumschulen aufträte, lasse das schleswig-holsteinische Umweltministerium in Kiel gar prüfen, ob Unkrautvernichtungsmittel in Großgärtnereien für die erhöhte Leukämierate verantwortlich sein könnten.

BRUCHSAL

JU im Gemeinderat

Bruchsal (GP). Auf der Mitgliederversammlung des JU-Ortsverbandes Bruchsal konnte der Vorsitzende Rainer Stark auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Neu im www.

Die Junge Union habe mit einem eigenen Wahlkampf einen der drei JU-Kandidaten auf der CDU-Liste in den Gemeinderat bringen können. Weitere Aktionen des Ortsverbandes waren die Jahresfahrt nach München und die Einrichtung einer neuen Internetpräsenz. Darüber hinaus nahm die JU am Schlossfest der Stadt teil und wirkt an der Errichtung und Einweihung des »Skaterparks« mit.

Der Kriege gedacht

Als besondere Veranstaltung hob der im Amt bestätigte Vorsitzende den gemeinsamen Besuch des Friedhofes hervor, bei dem den Gefallenen beider Weltkriege gedacht wurde. ■

SOEST

www.azubi-boerse.de

Soest (GP). Mit einer eigenen Börse für freie Lehrstellen möchte die JU Soest Jugendlichen helfen, den Berufseinstieg zu finden.

Job im Web

Die Junge Union schreibt dafür alle Betriebe im Kreis Soest mit Formularen an, auf denen die Unternehmen Angaben zu unbesetzten Lehrstellen machen sollen. Alle Angaben werden von der JU veröffentlicht und im Internet unter www.azubiboerse.de bereitgestellt. ■



RHEIN-LAHN

Notruf-Handys gesammelt

Rhein-Lahn (GP). »Was bringt mir ein Mobiltelefon ohne Karte?«, würde sich manch' einer bei der Aktion der JU im Kreis Rhein-Lahn fragen. Die dortigen Juler sammelten nämlich wochenlang in Zusammenarbeit mit dem Weißen Ring Mobiltelefone ohne Karte.

Im Notfall die Rettung

Da mit Mobiltelefonen auch ohne Karte kostenlos der Notruf 112 erreicht werden kann, können die Handys, die sonst nutzlos in der Schublade liegen, im Notfall eine wichtige Hilfe sein. Die

JU übergab die gesammelten Telefone an den Oberbürgermeister und den Leiter des Sozialamtes der Stadt Lahnstein, dessen Amt die Verteilung der Mobiltelefone übernimmt. Hauptzielgruppe sollen Senioren und gehbehinderte Menschen sein, da diese bei Dunkelheit besonders gefährdet sind. JU-Kreisvorsitzender Heinz-Georg Ely: »Technische Hilfsmittel wie das Telefon sind kein Ersatz für menschliche Zuwendung. Aber die 'Notruf-Handys' können den Betroffenen wieder ein Gefühl der Sicherheit vermitteln.« ■

REMS-MURR

MdB Barthle lehrt Juler das Skifahren

Rems-Murr (SB). Während im allgemeinen angenommen wird, dass in Sachen Sport und PC die Jüngsten den Älteren etwas beibringen, scheint dieses Klischee im JU-Kreisverband Rems-Murr nicht vorzuherrschen: Dort haben 25 Juler mit dem Schwäbisch-Gmünder Bundestagsabgeordneten Norbert Barthle und seiner Frau Susanne, die beide eingetragene Lehrer des Deutschen Ski-Verbandes sind, ein Ski-Wochenende in Oberstdorf verbracht. Neben dem Skifahren standen auch

politische Diskussionen und gesellige Abende auf dem Programm. So forderte Barthle, auch Mitglied im Sportausschuss des Deutschen Bundestages gemeinsam mit den JUlern die Erneuerung der Bundespartei im Nachhall des Essener Parteitages. Die Schneeverhältnisse, die rund um das abgelegene Hotel zum Skifahren einluden, waren geradezu perfekt. Der JU-Kreisvorsitzende Andreas Pfeil bedankte sich bei Barthle für das gelungene und für einen MdB außergewöhnliche Wochenende. ■



DUISBURG

Ja zum Islamunterricht in deutscher Sprache

Duisburg (GP). Die Junge Union Duisburg fordert die Einführung von Islamunterricht an allgemeinbildenden Schulen. Es sei die moralische Pflicht des Landes Nordrhein-Westfalen, »den Kindern seiner vielen muslimischen Bürger islamischen Unterricht zu ermöglichen«.

Die JU Duisburg spricht sich dafür aus, bei der Gestaltung der Lehrpläne für den Islam-Unterricht auch Gremien wie den Zentralrat der Muslime in Deutschland hinzuzuziehen. Die Unterrichtssprache solle in jedem Fall Deutsch sein, da sich der Integrationswille über die Beherrschung der deutschen Sprache definieren müsse.

Studiengang gefordert

Die Förderung der Integration mittels sprachlicher Kompetenz sei auch ein wesentliches Anliegen des Deutsch-Türkischen Forums. An Universitäten solle ein Studiengang »Lehramt islamische Religionskunde« eingerichtet werden, der zu den Studiengängen katholische und evangelische Religionskunde möglichst analog aufgebaut sein müsse. Zudem sollten die muslimischen Verbände auch bei der Neueinstellung von Islam-Lehrern eine beratende Funktion einnehmen dürfen. ■

CELLE

JU besichtigt Jugendzentrum

Celle (GP). An der Besichtigung des Jugendzentrums »Kaserne« nahmen Mitglieder der JU Celle teil.

Neue Struktur

Im Gespräch mit den JUlern erläuterte Kai Thomsen, Geschäftsführer des Jugendzentrums, die neue Struktur der »Kaserne« und anstehende Aktionen.

Biergarten & Konzerte

So sei es geplant, Events mit rund tausend Teilnehmern und Konzerte für Jugendliche zu veranstalten, einen Biergarten zu errichten sowie Ferienprogramme anzubieten. ■